

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1920**

195 (24.8.1920)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.-M. einschl. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abzügen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelempl. 25 J. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.-M. Die Restkolonne bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Die Konferenz in Luzern

#### Lloyd George und Giolitti in Luzern — Merkwürdige Auffassungen von den Friedensverträgen — Verbindung mit Russland — Friedenssehnsucht der Entente

Luzern, 24. Aug. Lloyd George und Giolitti haben am Sonntag und Montag in Luzern miteinander konferiert. Aus dem vor Beginn der zwanglosen Unterhaltung zwischen den beiden Ministerpräsidenten Lloyd George und Giolitti und den Vertretern der Presse verlesenen offiziellen Kommunikationen die Schweizerische Depeschenagentur folgendes:

In der heutigen und gestrigen Unterhaltung zwischen Giolitti und Lloyd George wurde hauptsächlich die allgemeine politische Situation und speziell der Einfluss der jetzigen Vorformung im östlichen Europa auf diese diskutiert. Dieser Meinungsaustausch hat die vollständige Übereinstimmung zwischen der britischen und der italienischen Regierung dargelegt.

Die erste Garantie für einen Frieden findet sich in den verhandelten, bereits unterzeichneten Friedensverträgen (??) und in der Weise, wie diese Verträge ausgeführt werden. (??) Die Sieger in diesem Kriege sollten den Geist der Mäßigkeit in deren Durchführung zeigen, und die Besiegten den Geist der Loyalität bei ihrer Ausführung.

Angesichts dieser Auffassung hoffen und vertrauen die Regierungen darauf, daß das gute Einverständnis, das in Spa erzielt wurde hinsichtlich der Methoden zur Ausführung des Versailler Vertrages, sich weiterentwickeln werde, indem die (die Methode) alle noch ausstehenden Fragen umfassen werde und daß das hoffnungsvolle Experiment, das dort versucht wurde, gescheitert werde durch getreue Ausführung des dort beschlossenen Übereinstimmens durch alle Parteien.

Bevor der Friede wieder hergestellt ist, bleibt jedoch eine Reihe von bedeutenden Fragen zu erledigen, deren Wichtigkeit ununterbrochen verbunden ist mit dem Verlauf von Geschäften, die sich jetzt in dem Territorium des ehemaligen russischen Reiches abspielen. Bevor der Friede zwischen Russland und der übrigen Welt nicht hergestellt ist, wird immer eine Atmosphäre von Zerrungen der Ruhe die Welt bedrohen. Aus diesem Grunde haben die britische und die italienische Regierung Schritte unternommen, selbst auf die Gefahr hin, falsch verstanden zu werden, um eine Verbindung zwischen Russland und der übrigen Welt herzustellen. Es ist deshalb sehr zu bedauern, daß sie sich scheuen, daß die Sowjetregierung trotz wiederholter gegenseitiger Versicherungen, die in ihrem Namen durch ihre Vertreter in London abgegeben wurden, gerätet hat, Polen Bedingungen aufzulegen, die nicht vereinbar sind mit dessen nationaler Unabhängigkeit. Die Regierung von Polen ist aus der Wahl der ganzen männlichen Bevölkerung des Landes ohne Unterscheidung der Klasse hervorzuheben, und die sogenannte Bürgerarmee, die nur aus einer Klasse herausgehoben werden soll, wie es der Punkt 4 der Bedingungen der Sowjetregierung verlangt, ist nur eine indirekte Methode, um eine Genossenschaft zu schaffen, die durch Vergewaltigung die demokratische Verfassung über den Saufen werfen soll und sie ersetzen durch den Despotismus einiger weniger Personen, die die Folgen des Bolschewismus in sich aufnehmen.

Wir können nicht umhin, zu befürchten, daß, wenn die detaillierten Bedingungen über die Zusammenfassung dieser Arme, die vorläufig verheimlicht werden, bis Polen keine Arme demobilisiert haben wird, bekannt werden, man finden wird, daß sie nach dem Vorbilde der russischen roten Arme konstruiert ist.

Von einer Nation zu verlangen, daß sie als Friedensbedingung eine Arme organisiert zum Schutze von Leben und guter Ordnung nur aus einer Klasse von Bürgern mit Ausschluß aller anderen ist ein Eingriff in die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung eines Landes. Daß man eine solche Bedingung ungeachtet der Versicherungen des Herrn Ramanow an die britische Regierung, daß nicht weggelassen wurde, was nicht von nebensächlicher Natur sei, bei Aufstellung der Bedingungen nachträglich zugefügt hat, ist ein großer Vertrauensbruch, und Verhandlungen irgendwelcher Art mit einer Regierung, welche ihr Wort so leicht nimmt, werden schwer, wenn nicht unmöglich.

Die Sowjetregierung hat einen Vorschlag der britischen Regierung zurückgewiesen, einen Waffenstillstand unter Bedingungen abzuschließen, welche das russische Territorium gegen irgendeinen militärischen Angriffsfakt sicheres hätte. Russland will seinen Vormarsch im ethnographischen Polen mit der Absicht fortsetzen, dieses Land durch Waffengewalt für die Sowjetmacht zu erobern. Wenn die Sowjetregierung, ungeachtet der Rückschlüsse, den ein Angriff begegnet, sich immer noch weigert, diesen verhängnisvollen Vorschlag zurückzuziehen, und im Gegenteil den Krieg auf polnischem Territorium weiterführt, um das polnische Volk zu dessen Annahme zu zwingen, so wird es keine Regierung möglich sein, die Oligarchie der Sowjets anzuerkennen oder mit denselben zu verhandeln.

Die Welt im Osten und im Westen schreit nach Frieden, aber der Friede ist nur möglich auf der Basis der Anerkennung der Freiheit der Nationen. Die italienische und englische Regierung sind beunruhigt durch die unbegrenzte Verlängerung des gegenwärtigen Konfliktzustandes zwischen den Nationen. Den betreffenden Völkern können diese Zwiste nichts anderes als immer wachsendes Elend bringen. Für die Völker der Welt im allgemeinen bringen sie beständige Unruhe. Bevor diese Konflikte nicht aufhören, ist keine Entwicklung für Landwirtschaft und Industrie möglich. Der Austausch der Erzeugnisse der Länder kann sich nicht frei entwickeln mangels der hohen Preise. Angesichts der Gefahren der Einkürzung, die diese mit sich bringt, wird die Zivilisation, die durch fünf Jahre andauernden Krieges geschwächt ist, weiterhin erschüttert.

Die britische und italienische Regierung sind daher einig, daß alle Maßnahmen gemacht werden sollten, um die gegenwärtigen Gegensätze zwischen den Völkern zu beseitigen.

### Sitzung des Reichskabinetts

BR. Berlin, 23. Aug. Heute nachmittags findet unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Kabinettsitzung statt, in der die politische Lage besprochen und eine Reihe von Verwaltungsangelegenheiten erledigt werden soll.

### Oberschlesien

Beuthen, 23. Aug. Gestern fand hier eine Versammlung von Führern aller politischen Parteien und Gewerkschaften statt, um Beschlüsse darüber zu fassen, was für die Verhütung von Ruhe und Ordnung zu geschehen habe. Es wurde beschlossen, eine gemischte Kommission nach Katowitz zum französischen General Gratier zu senden, um ihm die Forderung zu unterbreiten, Ruhe und Ordnung durch französisches Militär wieder herzustellen. Zu diesem Zwecke soll 1. die Entlassung der Bevölkerung allgemein durchgeführt werden, 2. nach Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung der Belagerungszustand sobald wie möglich aufgehoben werden, 3. da, wo Unruhen bestehen, die Sicherheit durch eine unparteiische Sicherheitswehr aus beiden Volksteilen gewährleistet werden, 4. der augenblickliche Streik soll abgebrochen und die Arbeit am Montag wieder aufgenommen werden. Dort, wo Arbeiterkreise der einen oder anderen Nationalität Terror gegenüber den Arbeitswilligen ausüben, soll von seiten der internationalen Kommission ein Arbeiterschutz gewährleistet werden.

General Gratier erklärte, daß die Polen ihm gesagt hätten, für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung Sorge zu tragen. Er hoffe, soweit er in der Lage sei, eine Zufriedenheit geben zu können, daß er den Wünschen der Kommission werde nachkommen können.

Beuthen, 25. Aug. Soweit sich aus dem bis heute nachmittags vorliegenden Meldungen ergibt, sind der ganze Kreis Oberschlesien, außer der Stadt Rastatt, der ganze Kreis Pleß mit der Stadt Pleß, der Landkreis Katowitz, der Landkreis Beuthen und der Landkreis Tarnowitz durchweg in polnischen Händen. Die Städte Gleiwitz, Katowitz, Beuthen, Königshütte usw. bilden zurzeit noch kleine Inseln. Aus den besetzten Teilen unternehmen die Polen ständig Vorstöße wegen dieser Orte. In den besetzten Gebieten sind Plünderungen in zwei Sprachen erschienen, in denen zur Bildung von Selbstschutzkomitees aus der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften aufgefordert wird. Die Führer dieser Komitees verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu sorgen, und die Wiederaufnahme der Arbeit in den Betrieben in die Wege zu leiten. Aufsammlungen von mehr als 5 Personen sind verboten. Alle Waffen und Munition sind sofort abzugeben. Alle Gasthäuser sind abends 8 Uhr zu schließen. Alle nichtangestellten Personen, die in den letzten drei Monaten zugewandert sind, müssen sich bei der Hauptwache sofort melden. Privatpersonen dürfen sich von 9 bis 11 Uhr abends bis 4 Uhr morgens ohne Ausnahme auf den Straßen nicht sehen lassen. Auf Raub, Plünderung, sowie ähnliche Verbrechen steht Todesstrafe. Alle Beamten für öffentliche Dienststellen mit Ausnahme der bisherigen Polizeibeamten und Gendarmen werden aufgefordert, ihre Dienste in der bisherigen Weise aufzunehmen. Unterzeichnet sind diese Befehle von dem Selbstschutzkomitee des betreffenden Ortes, datiert vom 21. Aug.

Beuthen, 23. Aug. Zur Streiklage im Beuthener Gebiet erfahren wir, daß sich bereits Anfänge in der Wiederbeginnung der Arbeit auf den Gruben bemerkbar machen, allerdings scheinbar nur auf deutscher Seite.

### Die deutsche Note über Oberschlesien

Berlin, 23. Aug. Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Paris hat dem Präsidenten der Friedenskonferenz folgende Note überreicht:

Nach vorliegenden Meldungen befindet sich der Ostteil des Kreises Katowitz seit der Nacht vom 19. bis zum 20. August in Aufruhr. Am 20. Aug. 1920 nachmittags wurden Wislowitz und Karschhütte seitens der Sicherheitspolizei nur noch unter schwerem Kampfe behauptet. Die zwischen beiden Orten gelegenen Ortschaften sind in den Händen der Insurgenten, die sich aus der ortseingewohnten Bevölkerung polnischer Nationalität rekrutieren und durch uniformierte polnische Soldaten verstärkt sind. Die Insurgenten waren bis dicht an den Ortsteil von Katowitz vorgedrungen. Katowitz selbst war von französischen Truppen besetzt, die am 20. 8. nachmittags Verhandlungen mit den Katowitz bewohnten Insurgenten eingeleitet begannen hatten. Die Bildung von gemischter Kommission des Friedensvertrages ebensowenig vereinbaren, wie die Anwesenheit ortseingewohnter bewaffneter Elemente. Nach Zeitungsberichten soll in einem Bericht des Herrn General Verond bemerkt sein, daß die deutsche Regierung die Ausschreitungen unterstützt habe. Die deutsche Regierung kann nicht glauben, daß derartige Ausschreitungen sich wirklich in dem Bericht einer so hohen verantwortlichen Stelle befinden. Sollten von anderer Seite solche Behauptungen angebracht werden, so wäre dies eine feine Verleumdung. Die Beschlüßigung ist handgreiflich unwahr. Gerade in den letzten Wochen hatte es sich die deutsche Regierung mit Rücksicht auf die in Spa übernommenen nur mit Anspannung aller Kräfte erfüllbaren Verpflichtungen angelegen sein lassen, auf eine Vermehrung der Kohlenförderung in Oberschlesien durch Ueberwindung der Schwierigkeiten. Sie hatte allen Grund anzunehmen, daß die obersteinsten Bergarbeiter im allgemeinen Interesse sich einigsetzten zu einer solchen Mehrarbeit verstehen würden. Eine Steigerung der Kohlenförderung wäre aber in einem Insurgentenland nicht erreichbar. Die deutsche Regierung muß nicht nur wegen der von ihr übernommenen internationalen Verpflichtungen, sondern auch im Interesse der deutschen Industrie und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit den größten Wert darauf legen, daß Oberschlesien ruhig weiterarbeitet. Die deutsche Regierung beehrt sich, die Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen auf den Ernst der Lage in Oberschlesien hinzuweisen. Sie erwartet von den verbündeten Regierungen, daß sie unverzüglich für den Schutz des Lebens und Eigentums der friedlichen Bevölkerung sorgen und damit die Verhandlungen schaffen werden, die zur ungehinderten Fortsetzung der Arbeit in diesem für das Wirtschaftsleben von ganz Europa so wichtigen Bezirk erforderlich sind. Die deutsche Regierung würde mit Dank begrüßen, wenn ihr zur Vermehrung der sehr erregten öffentlichen Meinung baldigst mitgeteilt werden könnte, daß die internationalisierte Kommission geneigt ist, den von ihr übernommenen Schutz Oberschlesiens wirksam durchzuführen.

### Steuerabzug und Steuerlast

Wie ist ein politischer Kampf der deutschen Arbeiter mit so viel demagogischer Oberflächlichkeit geführt worden, wie in diesen Tagen der Kampf gegen den Steuerabzug von unabhängigen und kommunistischen Agitatoren geführt wird. Ferdinand Lassalle würde sich im Grabe herumdrehen, wenn er sehen könnte, wie heute die Steuerfragen von deutschen Arbeitern behandelt werden. Einen Entschuldigungsgrund freilich hat ein großer Teil der heutigen Agitatoren gegen den Steuerabzug: sie wissen nichts von Ferdinand Lassalle, haben keine Reden und Schriften über Steuerfragen nie gelesen.

Man sollte es nicht für möglich halten, daß ein solcher Kampf jukt gegen dasjenige Besteuerungsprinzip, für das die Sozialdemokratie seit einem halben Jahrhundert mit aller Fähigkeit gekämpft hat, entseffelt wird, daß aber summa und ergo die Steuern getragen werden, denen seit Lassalles Tagen der schärfste Kampf der Sozialdemokratie gegolten hat. Wir sagen nicht zuviel, wenn wir vom Kampf gegen das Besteuerungsprinzip sprechen. Die kommunistischen Protestredner zum mindesten und auch manche unabhängigen machen gar kein Hehl daraus, daß sie die Einkommensteuer überhaupt sabotieren wollen. Sie wollen offenbar nachträglich den Beweis für die Richtigkeit des Bismarckschen Wortes liefern, daß die besten Steuern die seien, die der Steuerzahler nicht merkt, nämlich die indirekten. Dem gegen die indirekten Steuern einfachen diese Steuerpolitiker keinen Kampf. Wir haben wenigstens nie etwas davon gehört, daß sie die Kohlensteuer angegriffen hätten. Wüssten sie nicht, daß die Kohlensteuer den Arbeiter viel härter belastet als die Einkommensteuer? Wissen sie nicht, daß der Hausbrand, die Industrie, der Verkehr, die gesamte gewerbliche und landwirtschaftliche Warenherzeugung, der Wohnungsbau, die öffentliche Verwaltung, kurz das gesamte wirtschaftliche und häusliche Leben durch die Kohlensteuer in ungeheurer Weise verteuert wird? Wissen sie nicht, daß die Kohlensteuer progressiv nach unten wirkt, d. h. das kleine Einkommen mit vielleicht 50 Proz., das große mit 1 bis 5 Proz. belastet, während umgekehrt die Einkommensteuer progressiv nach oben steigt, d. h. unten mit wenigen Prozent beginnt und oben bis zu 60 Proz. ansteigt? Wissen sie nicht, daß die Kohlensteuer nicht nur im Verhältnis zur Höhe des Einkommens, sondern auch im Verhältnis zur Kopfzahl der Familie, also in doppelter Beziehung progressiv nach unten wirkt. Die Einkommensteuer dagegen trägt wenigstens trotz ihres viel zu hohen Anfangssatzes von 10 Proz. der Kopfzahl der Familie Rechnung. Auf eine Familie von 8 Köpfen mit einem Einkommen von 10 000 M. auskommen, so werden nicht 10 Proz., von diesem gesamten Einkommen gleich 1000 M. Steuer erhoben, sondern es gehen außer den Beiträgen aller Art und den Kosten die zur Werbung des Einkommens dienen, 1500 M. für den Mann, 500 M. für die Frau und 700 M. für jedes Kind unter 16 Jahren, zusammen also 6200 M. ab. Von dem Rest sind etwa 400 M. = 4 Proz. des Einkommens Steuer zu zahlen. Das ist für diese Familie unter den heutigen Lebensbedingungen noch eine viel zu starke Belastung, und wir fordern nachdrücklich mehr Schonung. Aber stellt in diesem Steuerhimmel nicht doch etwas sozialer Geist verglichen mit der Wirkung der indirekten Steuern?

Unsere Stellung zur Einkommensteuer und zum Steuerabzug ist eine völlig klare. Der Steuerabzug ist, wenn zweckmäßig und gerecht geordnet, eine vernünftige Einrichtung. An der zweckmäßigen gerechten Regelung fehlt es freilich noch; sie kann aber erreicht werden in verhältnismäßig kurzer Zeit, wenn die Arbeiterklasse eine vernünftige Taktik einschlägt. Das heutige Abzugsverfahren ist zu roh. Es nimmt keine Rücksicht auf besondere Notlagen, auf Kurzarbeit, zeitweilige Arbeitsunterbrechung und dergleichen. Die Steuer selbst ist, auch unter Berücksichtigung der zulässigen Abzüge für Haushaltsangehörige, für die kleinen Einkommen zu hoch. Hier muß geholfen werden, sobald der Reichstag wieder zusammentritt. Aber falsch ist es, den Abzug überhaupt zu bekämpfen, von einem „Klassen“, von einem „Ausnahmefall“ zu sprechen und Vergleiche anzustellen mit dem Judenten, den die Bauern einst den Feudalherren entrichten mußten.

Der Abzug wird auch gemacht, und zwar seit dem 1. April d. J. von allen Kapitalrenten, Dividenden usw., die außerdem natürlich der Einkommensteuer unterliegen. Ist der 10prozentige Dividendenabzug etwa ein „Klassengeß“ gegen die Arbeiter? Der Abzug ist in England, wo die Einkommensteuer von jeher an der Quelle erhoben wird, durchgeführt, und wird auch dort, wo er heute die Arbeiter viel härter trifft als in der Vorkriegszeit, nicht als Klassengeß empfunden. In Belgien ist er seit Jahren in vielen Betrieben freiwillig eingeführt.

Ein Haupteinwand geht dahin, daß der Abzug nur den Arbeitern, nicht aber den anderen Klassen gemacht werde. Das ist, wie schon gesagt, nicht richtig. Jeder, der seinen Lohn oder Gehalt bezieht, unterliegt dem Abzug. Dem Kaufmann, Handwerker und Landwirt kann ein Abzug am Lohn oder Gehalt nicht gemacht werden, weil hier kein fester Lohn oder Gehaltsbezug vorhanden ist. Aber genießen deshalb diese Schichten ein Vorrecht? Wären unsere Steuerbehörden mit ihren Geschäften auf dem laufenden, so hätten alle Steuerpflichtigen ohne Unterschied, auch der Bauer, Handwerker, Fabrikant und Kaufmann, schon anfangs Mai ihren Steuerzettel bekommen und bis Mitte Mai das erste Viertel ihrer Steuer zu 1920 zahlen müssen. Auch der Arbeiter hätte seinen Steuerzettel bekommen; er hätte dann aber sein Jahresverdienst nicht in bar beim Finanzamt erhalten müssen, sondern seine Steuerkarte vorgezeigt als Beleg dafür, daß er seine Steuer bezahlt hat. Dasselbe Verfahren wäre im August, September und Februar beim Fälligkeitwerden der übrigen Jahres-

ent.  
le.  
9 Uhr,  
en- und  
eig- und  
; fern  
an Min-  
einerdun-  
eiferant  
swürdige  
fügen in  
ormittags  
el, Silba-  
den, wo-  
können.  
2340  
erhalten  
um Brotung  
in der  
on 1 bis 2  
ge-  
schnitt der  
sein) Zwie-  
le, Zimmer  
an der städt.  
holt werden.  
beim Kauf-  
auf-  
notwendigen  
er Milch bei  
, in nach-  
ir die Buch-  
bringen.  
2354  
August 1920.  
eigen.  
steigerung  
mentkunft bei  
Ringsbrüde,  
sammentkunft  
mentkunft beim  
schlen. 2364  
1920.  
zung  
August 1920.  
e Kauf-  
250 Gramm  
teilmärke 140  
ramm 60 M.  
141.  
0 M. gegen die  
en Apotheken  
ischen Bettbe-  
ungen.  
amittags 2-4  
abgegeben.  
1920. 2368  
tenburg.

viertel eingeschlagen worden. Da die Behörden im Rückstand waren, begann das Abzugsverfahren nicht am 1. April, wie im Gesetz vorgesehen, sondern Ende Juni, und aus dem gleichen Grunde haben die Steuerpflichtigen ihre Steuerzettel noch nicht. In einzelnen Teilen des Reiches ist mit der Ausgabe der Steuerzettel nun endlich begonnen. Es unverständlich, warum die Zettel so spät ausgegeben werden, denn in diesem Jahre ist das Ausschreiben derselben einfach. Es geschieht nicht auf Grund einer neuen Festsetzung des Einkommens, sondern auf Grund der vorjährigen. Wenn aber hieraus gefolgert wird, daß die vom Abzug verschonten Steuerpflichtigen nur nach ihren vorjährigen, die anderen nach ihren diesjährigen Einkommen besteuert werden, so ist auch das eine irrtümliche Annahme. Von einer Steuerfestsetzung des Einkommens am Beginn des laufenden Steuerjahres hat abgesehen werden müssen, weil die Veranlagung des Einkommens nach dem neuen Reichsgesetz nicht mehr wie bisher im voraus fürs kommende, sondern nachträglich fürs abgelaufene Jahr erfolgt. Nach Schluß des Kalenderjahres werden alle Einkommen festgestellt. Damit aber auch die Steuerpflichtigen, bei denen ein Abzug am Einkommen nicht gemacht werden kann, schon während des Jahres Teilzahlungen leisten können, schickt man ihnen in diesem Abzugsjahr vorläufig einen Steuerzettel auf Grund der vorjährigen Veranlagung mit dem Vorbehalt der Korrektur nach der Steueranmeldung am Beginn des nächsten Jahres.

### Vorbereitungen der Gegenrevolution

Die „Märkische Volksstimme“ in Cottbus veröffentlicht sensationelle Enthüllungen über das Treiben des Landbundes und der Zeitfreiwilligenorganisation in der Niederlausitz. Der Landbund hat in Cottbus und anderen Städten der Niederlausitz alle Zeitfreiwilligenorganisationen in seinen Dienst gestellt. Diese sind in Kompanien, Züge und Gruppen eingeteilt. Die Mitglieder leisten auch Einzeldienste. Sie werden als Arbeiter in die Betriebe geschickt, um bei Unabhängigen und Kommunisten herumzuspähen und Berichte zu liefern. Mit der Spionageleistung sieht ein reicher Kurierdienst mit Berlin und Halle. Bezeichnend für den Zusammenhang der Cottbuser Zeitfreiwilligenorganisation mit der Berliner Zentrale und dem Volk, in dem sie geleitet wird, legt folgendes Schreiben aus der Zeit der Regierungsbildung, als man den Linksbund als Inhalt zu einem reaktionären Blaubuch erachtete, Zeugnis ab:

Cottbus, den 23. Juni 1920.

„Der Putz ist bestimmt geplant (Gemeint ist der Kommunistenputz, Red.) Beginn in den nächsten Tagen. Geld fast aufgebraucht, Agenten bereits auf halbe Ration. Nicht lange hinausziehen.“

Unterschrift Zentralbaukommission B. W. Gegenmaßnahmen: Engster Zusammenhalt aller Bürger und Bauern. Für den Ort größte Vorsicht. Möglichst in Gruppen schlafen, wie eingeteilt. Strenge Selbstdisziplin. Auch der Schein des Beginns von Unruhen darf keinesfalls von unserer Seite ausgehen. Vertrauenswürdig Leute werden. (Qualität, nicht Quantität.) Für den Alarm sind folgende sechs Punkte aufzustellen:

- Wachbereitschaft — Quartierhufen.
- Sofort in Infanterieeinheiten kommen.
- Gleich Radpartie.
- Ausrüstung auch möglichst Fahrrad; Uniform.
- Rucksack.
- Einfache Verpflegung.

Für den Ort Cottbus bestanden Geheimpläne, nach denen für den Fall, daß es losgeht, gehandelt werden soll. Von besonderer Wichtigkeit erscheint den Rechtschutzschwestern die Beschaffung der sozialdemokratischen Organisation.

Von den im Dienst des Landbundes stehenden nennt die „Märkische Volksstimme“ u. a. einen Hauptmann Nöwe, der sich im Senftenberger Gebiet als ein kommunistischer Krieger ausgeben soll.

Wie überall, so sieht auch in Cottbus ein enger Zusammenhang der rechtschutzschwestern Organisationen mit militärischen Stellen. Die Zeitfreiwilligen gehen in der „republikanischen“ Kaserne aus und ein und stehen in besonders guten Beziehungen zum Major Buchruder, dem früheren Kommandeur des Bataillons Franz in Cottbus. Mit militärischer Hilfe erfolgte am 4. Juni d. J. abends von der Cottbuser Kaserne ein Waffentransport nach den umliegenden Dörfern von Oben. Hierbei wurden bemerkt ein Leutnant a. D. Wötter, Bizefeldwebel Matted, Leutnant a. D. Lind, Leutnant a. D. Oahn, Feldwebel Rappach und andere. Der unsaubere Zusammenhang mit der Reichswehr geht ferner daraus hervor, daß Cottbuser Zeitfreiwillige im Besitze von mit dem Stempel des Reichswehrbataillons

lons verlebten Militärjahrsheinen waren. Infolge der langen unheilvollen Tätigkeit des Landbundes steht die Niederlausitz aber voller Waffen, ähnlich wie die Gegenrevolution in Bayern und Pommern bewaffnet ist.

### Bindet ihm den Mund zu!

In's Mittelalter, in die Zeit der schwärzesten Inquisition, fühlt man sich zurückversetzt, wenn man im Organ der Stuttgarter Kommunisten die Anklage liest, die Hörne gegen die Stuttgarter Unabhängigen richtet, weil sie nicht den Mut haben, Karl Kautsky aus ihrer Partei auszuschließen. Kautsky schreibe neben Breitscheid und Hilferding die leitenden Artikel über die wichtigsten Fragen der großen Politik im unabhängigen Zentralorgan. Kautsky spreche aus den offiziellen Auftrufen der Unabhängigen, aus der Haltung ihrer Führer, er stehe in den Köpfen der Unabhängigen, und darum sei der Kampf gegen Kautsky keine Privatangelegenheit der U. S. V., sondern eine Hauptangelegenheit der deutschen Revolution. Und so fährt denn der gestrenge Glaubensrichter fort:

„Wir fordern von euch den Ausschluß Kautskys und seiner namhaftesten Jünger, nicht weil uns um dieser paar Personen zu tun ist, sondern weil der Ausschluß die gegenrevolutionäre wirkenden Genossen der selbstverständliche und ganz natürliche Beweis dafür ist, daß ihr den Geist Kautskys als gegenrevolutionär erkannt und abgestreift habt.“

Vollstreckt ihn! Bindet ihm den Mund zu!

er wird gehen, noch schneller als ihr eure Ausschlußanträge einbringen und verwirklichen könnt. Solange ihr aber das nicht tut, habt ihr eben nicht begriffen, daß ihr einen Schädling in eurer Mitte duldet, habt ihr euch noch nicht innerlich von ihm losgelöst.“

Es genüge nicht, Kautsky fast zu stellen, denn er sei eine Weltautorität der Zweiten Internationale. „Schlichtet ihn aus! Schlichtet ihn aus!“ ruft der Geistestramp immer aufs neue. Weil Kautsky vor zehn Jahren gute Bücher geschrieben habe, möchten ihm die Unabhängigen seinen seit 1914 betriebenen Verrat an der Revolution verzeihen. Aber das sei „die alte schillernde, schwankende Schaukelpolitik.“

Welch grauenvolle geistige Verwilderung muß doch die deutsche Revolution in manchen Köpfen angerichtet haben, wenn ein Mann, der nicht zuletzt den Lehren Kautskys seinen Liebergang von der Theologie zum Sozialismus verdankt, sich in den Solokismus hineinsetzern kann, zu rufen: Bindet Karl Kautsky den Mund zu!!

### Ströbel soll fliegen

Die „Freiheit“ veröffentlicht das Urteil eines auf Antrag der unabhängigen Ortsgruppe Steglitz eingeleiteten Schiedsgerichts gegen den allen Anhängern der unabhängigen Parteilehre längst verhassten Heinrich Ströbel. Der Schiedsspruch ist in Abwesenheit des Genossen Ströbel gefällt, der trotz mehrmaliger Aufforderung nicht erschienen war. Der Spruch lautet: „Genosse Ströbel hat sich in Wort und Schrift fortlaufend in einer Art und Weise gegen die programmatischen Erklärungen der Partei und ihrer Politik gewendet, daß darin ein parteischädigendes Verhalten erblickt werden muß, und aus diesem Grunde ist der Ausschluß Ströbels aus der Partei zu vollziehen.“

### Die Ausführung des Entwaffnungsgesetzes

Der Beirat des Reichstages zur Durchführung des Gesetzes über die Entwaffnung der Bevölkerung trat am Samstag zur Beratung der ersten Ausführungsbestimmungen zusammen. Reichskommissar Dr. Peters erklärte die Kompetenzfrage. Seine Aufgabe sei, zu entwerfen, wer Waffen hat, ob das die Organisation Eicherich oder ein Regellub sei. Er sei mit Reichspolizeiminister und nicht mit Reichsbereitschaftsminister. Er habe also die Auffassung der Organisation Eicherich nicht in seiner Kompetenz. Er ist innerlich überzeugt, daß die Entwaffnung erfolgen müsse, selbst wenn die Entente dazu nicht zwingen würde. Es erziele Redner aus dem Beirat sprach der Genosse Stellung. Es muß alles daran gesetzt werden, die Waffenablieferung auf friedlichem Wege zu erreichen. Dazu ist erforderlich, daß gegen die Organisation Eicherich und gegen ähnliche Organisationen mit aller Schärfe vorgegangen wird. Abg. Dr. Rosenfeld (U.S.V.) unterstützte durchaus diese Auffassung. Er erkennt die Leistungen des preussischen Ministers des Innern an.

Reichskommissar Peters: Die Organisation Eicherich fällt unter die Bestimmungen der Ausführungsbestimmungen, wenn sie Waffen hat. Es ist aber nicht möglich, eine auf alle Fälle passende Bestimmung in die Ausführungsanordnung einzufügen. Auch die Ablieferungspflicht kann nicht einheitlich geregelt werden. Die Waffen müssen abgeliefert werden, ob die Organisation von Herrn Eicherich oder von einem harmlosen Regellub kommt.

Ein sächsischer Regierungsbekannter erklärt, daß seine Landesregierung die allergrößte Aufmerksamkeit den Organisationen nach dem Muster der von Eicherich geschaffenen widmet. Die letztere werde in Sachsen aufgelöst. Abg. Röske (DnL) erklärt, daß es ein Bruch der Koalitionsfreiheit sei, wenn gegen die Orgesch vorgegangen werde. Das sei eine gewerkschaftliche Organisation. Das Vorgehen gegen sie sei unglücklich. Mit Entwaffnung habe das nichts zu tun.

Abg. Brünighaus (D. Sp.) ist völlig eines Sinnes mit Röske. Sehr scharf wendet er sich gegen das Vorgehen des preussischen und sächsischen Ministers des Innern gegen die Orgesch. Er protestiert gegen das Vorgehen der preussischen Behörden, die im Widerspruch mit Verfassung und Reichsgesetzen stehen sollen. Dr. Hilfer (Dem.) ist in vielen Dingen gleicher Meinung wie die beiden Reichsparteien.

Die Vertreter Braunschweigs und Badens erklären, daß in ihren Ländern eine Mitkäuferei der Organisation nicht festgestellt sei. Sollten aber ähnliche Organisationen auftreten, so werde mit aller Schärfe gegen sie vorgegangen werden.

Eine Reihe von Anträgen der beiden sozialdemokratischen Parteien werden abgelehnt. Dagegen wird gegen die beiden sozialdemokratischen Parteien und gegen den Einspruch des Reichskommissars von allen bürgerlichen Parteien ein Antrag Dr. Röske angenommen, der verlangt, daß die alleinliegenden Güter und Dörfer nicht sofort zu entwaffnen

sind, damit sie nicht der in Waffen starrenden Umgebung schuldlos preisgegeben seien.

Auf Vorschlag Stellings und Rosenfelds wird im § 6 eine Bestimmung, die die Einwohnerwehren bevorzugen, gestrichen. Der Ausschuss erteilte in später Abendstunde den Ausführungsbestimmungen seine Zustimmung.

### Der Wittelsbacher Königsstich von Frank- reichs Gnaden

Der „Bayerische Königsbote“ enthält einen „Offenen Brief“, den der hochwürdige Herr Martin Walzer, Mitglied des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei, Vorsitzendes des Reichsausschusses der Bayerischen Volkspartei, 2. Vorsitzender des Vereins katholischer Priester für die Diözese Speyer, und nebenbei wohlhabender Pfarrer in Helbersberg (Wals), an Ludwig III. zum kommenden Namensfest richtet. Se. Hoheit wird teil E. königlichen Majestät, dem Allergnädigsten König und Herrn, hochbeglückt mit, daß das Pfälzer Volk keine größere Sehnsucht kennt, als sich baldmöglichst wieder unter das ruhmvolle Joch des glanzvollen Hauses Wittelsbach zu beugen. Am Schluß heißt es:

„Die Besatzungsbehörde, an ihrer Spitze der ritterliche General de Mes, steht Anxions- und Loslösungsbefürchtungen heute reing abnehmend gegenüber. Sie würde ein föderalistisches Reich und in ihm ein bayerisches Königtum begründen. Der Propaganda für die Königsstiche und die Rechte des Hauses Wittelsbach stehen von dieser Seite keine Hindernisse entgegen.“

Charaktervolle Franzosen werden sich vor Eitel schüteln vor diesem traurigen Deutschen, der in solch elender Weise vor den Befehlsbefehlenden schwehewebelt.

### Kommunismus in einem demokratischen Lande

Der bekannte englische Sozialist, Philip Snowden, schreibt über die kommunistische Bewegung in England:

„Der Kommunismus in Großbritannien ist der Versuch, eine ertotete Pflanze in einen ungeeigneten Boden einzupflanzen und großzuzüchten. Die britischen arbeitenden Klassen sind niemals die Sklaven von Dogmen oder Phrasen gewesen. Nicht ohne Grund wurden sie von den anderen Völkern als hartpöpsig und praktisch betrachtet. ... Der europäische Krieg hat alle bestehenden Einrichtungen erschüttert, nicht zuletzt die Grundlagen des kapitalistischen Systems, und es wäre daher unflug, vorauszusagen, daß der Weg zum Sozialismus in Großbritannien ebenso frei von Gewalttaten sein werde, wie er es in der Vergangenheit war. Aber es kann mit Sicherheit gesagt werden, daß sich die englischen arbeitenden Klassen gegenwärtig nicht geneigt zeigen, den gebahnten Pfad gesetzmäßigen Fortschritts

### Hans und Heinz Kirch

Novelle von Theodor Storm.

(Fortsetzung.)

Ein Laichen, das wie Sohn Klana, unterbrach sie. Hans Kirch sah sie mit starren Augen an: „Nun, Wieb, wenns denn dein Heinz gewesen ist, es ist nicht viel geworden aus euch beiden.“

Aber Wieb achtete nicht darauf, sie hatte sich vor ihm hingeworfen. „Hans Kirch!“ rief sie und faßte beide Hände des alte Mannes und schüttelte sie. „Nur Heinz, hören Sie es nicht? Er geht ins Stend, er kommt niemals wieder! Vielleicht — o Gott, sei barmherzig mit uns allen! Es ist noch Zeit vielleicht!“

Auch Lina hatte sich jetzt neben ihr geworfen; sie scheute es nicht mehr, sich mit dem armen Weibe zu vereinigen. „Vater“, sagte sie und streichelte die eingeklinkten Wangen des harten Mannes, der jetzt dies alles über sich ergehen ließ. „Du sollst diesmal nicht allein reisen, ich reise mit dir; er muß ja jetzt in Hamburg sein; o, ich will nicht ruhen, bis ich ihn gefunden habe, bis wir ihn wieder hier in unseren Armen halten! Dann wollen wir es besser machen, wir wollen Geduld mit ihm haben; o, wir hatten sie nicht, mein Vater! Und sag nur nicht, daß du nicht mit uns leidest, dein bleiches Angesicht kann doch nicht lügen! Sprich nur ein Wort, Vater, befehl mir, daß ich den Wagen herbeistelle, ich will gleich selber laufen, wir haben ja keine Zeit mehr zu verlieren.“ Und sie warf den Kopf an ihres Vaters Brust und brach in lautes Schreien aus.

Wieb war aufgestanden und hatte sich bescheiden an die Tür gestellt; ihre Augen sahen angstvoll auf die beiden hin. Aber Hans Kirch sah wie ein totes Bild; sein jahrelang angeammelter Groll ließ ihn nicht los; denn erst jetzt, nach diesem Wiedersehen mit dem Heimgekehrten, war in der grauen Zukunft keine Hoffnung mehr für ihn. „Geht!“ sagte er endlich, und seine Stimme klana so hart wie früher; „mag er gehen haben wie er will, der diesmal unter meinem Dach geschlafen hat; mein Heinz hat schon vor sieben Jahren mich verlassen.“

Für fremde Augen mochte es immerhin den Anschein haben, als ob Hans Kirch auch jetzt noch in gewohnter Weise seinen mangelhaften Geschäften nachgäbe; in Wirklichkeit aber hatte er das Steuer mehr und mehr in die Hand des jüngeren Teilhabers der Firma übergeben lassen; auch aus dem städtischen Kollegium war er, zur stillen Befriedigung einiger ruheliebenden Mitglieder, seit kurzer Zeit geschieden; es drängte ihn nicht mehr, in den Gang der kleinen Welt, welche sich um ihn her bewegte, einzugreifen.

Seit wieder die ersten schärferen Frühlingstriebe wehten, konnte man ihn oft auf der Bank vor seinem Hause sitzen sehen, trotz seiner jetzt fast weichen Haare als alter Schiffer ohne jede Kapibedeckung. — Eines Morgens kam ein noch mehrerer Mann die Straße hier herab und setzte sich, nachdem er näher getreten war, ohne weiteres an seine Seite. Es war ein früherer Deftonom vom Armenhaus, mit dem er als Stadtverordneter einst manches zu verhandeln gehabt hatte; der Mann war später in gleicher Stellung an einen anderen Ort gekommen, jetzt aber zurückgekehrt, um hier in seiner Vaterstadt seinen Alterspension zu beziehen. Es schien ihn nicht zu stören, daß das Anlitz seines früheren Vorgesetzten ihn keineswegs willkommen hieß; er wollte ja nur plaudern, und er tat es um so reichlicher, je weniger er unterbrochen wurde; und eben jetzt geriet er an einen Stoff, der unerträglich als jeder andere schien. Hans Kirch hatte Unglück mit den Leuten, die noch weicher als er selber waren; wo sie von Heinz sprachen sollten, da sprachen sie von sich selber, und wo sie von allem anderen sprachen konnten, da sprachen sie von Heinz. Er wurde unruhig und suchte mit schnellem Worten abzuwehren; aber der geschwätzte Greis schien nichts davon zu merken. „Ja, ja; ei du mein lieber Herrgott!“ fuhr er fort, behaglich in seinem Redestrome weiterzuschwimmend. „Der Hasselstrite und der Heinz, wenn ich an die beiden Jungen denke, wie sie sich einmal die großen Äcker in die Arme branten! Nur Heinz, ich hörte wohl, der mußte vor dem Doktor liegen; den Hasselstrite aber hab ich selber mit dem Hasselstod kuriert.“

Er lachte ganz bergnützlich über sein munteres Wortspiel; Hans Kirch aber war blödsinnig aufgestanden und sah mit offener Munde gar in-n-i, auf ihn herab. „Wann Er wieder schmahen will, Friß Peters“, sagte er, „so suche Er

sich eine andere Bank; da drüben bei dem jungen Doktor steht just eine nagelneue!“

Er war ins Haus gegangen und wanderte in seinem Zimmer hin und wider; immer tiefer sank sein Kopf zur Brust hinab, dann aber erhob er ihn allmählich wieder. Was hatte er denn eigentlich vorhin erfahren? Daß der Hasselstrite ebenfalls das Anferziehen hätte haben müssen? Was wars denn weiter? — Welchen Gast er von einem Sonntag bis zum andern oder ein paar Tage noch länger bei sich beherbergt hatte, darüber brauchte ihn kein anderer aufzuklären.

Und auch dieser Tag ging vorüber, und die dann kamen, nahmen ihren regelmäßigen Verlauf. — Am Oberhause wurde ein Kind geboren; der Großvater fragte, ob es ein Junge sei; es war ein Mädchen; und er sprach dann nicht mehr darüber. Aber was hörte es ihm auch geholen, wenn es ein künftiger Christian oder glühstiffenfalls ein Hans Martens gewesen wäre!

Eines Abends da es schon Herbst geworden — es jährte sich gerade mit der Abreise seines Sohnes —, war Hans Kirch wie gewöhnlich mit dem Schläge zehn in seine nach der Hofseite gelegene Schlafkammer getreten. Es war die Zeit der Aquinozialstürme, und hier hinaus hörte man die ganze Gemalt des Welters; bald heulte es in den obersten Aufzügen, bald fuhr es herab und tobte gegen die kleinen Fensterweiben. Hans Kirch hatte seine silberne Tischenuhr hervorgezogen, um sie, wie jeden Abend, aufzuheben; aber er stand noch immer mit dem Schlüssel in der Hand, hinausdrehend in die wilde Nacht.

Das Rollen- und Spurren des neuen Daches kachte, als ob es aus den Augen jolle; aber er hörte es nicht; seine Gedanken fuhren draußen mit dem Sturm. „Süßbrot!“ murmelte er vor sich hin, während er den Uhrschlüssel in die Tasche steckte und die Uhr aufgezogen über seinem Bette an den Haken hina. — Wer jetzt auf See war, hatte keine Zeit zum Schlafen; aber er war ja seit lange nicht mehr auf See; er wollte schlafen, wie er es bei manchem Sturm hier schon getan hatte; die Stürme kamen ja allemal im Aquinozialsturm, er hatte sie so manches Mal gehört.

(Fortsetzung folgt.)

zum Sozial...  
ändern not...  
wo das Tem...  
das Ma...  
mit sei...

La n. d. D...  
demokratis...  
als die eno...  
gedindert...  
den Beitr...  
zu gewinne...  
deutschen...  
dafür, daß...  
aufstrotze...

### Die Vo...

Die un...  
Hochschwe...

Der an...  
mit der G...  
des Gewer...  
kens, Span...  
glens entwo...  
kommunisti...  
näre Beträti...  
schaften. E...  
Berührung...  
bedingunge...

soziale Fra...  
schaftsverb...  
halten, seien...  
Neutralism...  
geworden u...  
nigen auf...  
der soziali...  
räterepubli...  
möglichen i...  
Schulter a...  
Proletariats...  
nationalen...  
Berufen, se...  
geführt wer...  
ration der...  
nach nicht...  
Besatzung...

1. Die...  
und den ve...  
Die resolu...  
Rahnahme...  
Bourgeoisie...  
gearbeitet...  
verialistis...  
schen Tätig...  
bänden zu...  
2. Jan...  
ganzen W...  
enthalten u...  
funktionäre...  
Programme...  
3. Ein...  
ber Gewer...  
keren. Di...  
ber Gewer...  
dem Gezel...  
Bedingunge...  
sen alle G...  
vertreten...  
schließen...  
Gewerksch...  
nischen J...  
Bretreter...  
nationale...  
als Mitglie...

Daß d...  
unter ihre...  
Standpun...

Die I...

Die A...  
Bille n...  
lehre v...  
erschöpf...  
scheidung...  
samkeit...  
Kartell, die...  
absteht...  
diese Wille...  
sagen, daß...  
die Allgen...  
Standpun...  
hören man...  
Ergebnisse...  
Vortrag über...  
heim über...  
Frage der...  
Es ist von...  
sagt, w...  
daß man...  
angehen...  
dividuelle...  
sicht, daß...  
von „Bega...  
weit dies...  
sein könne...  
fähdet wie...  
ziehungs...  
eingeleg...  
aufolge...  
also etw...

1. W...  
sondere...  
gepflegt...  
2. R...  
Rängel...  
lönnen, j...  
3. E...  
maltsaff...  
weita...  
rückbleib...  
feien von...

Daß...  
über den...  
nen 2 e h...

Die I...

zum Sozialismus mit Methoden zu vertauschen, die in andern Ländern notwendig und möglicherweise erfolgreich sein können, wo das Temperament des Volkes, die historische Ueberlieferung und die Macht der Demokratie wesentlich verschieden sind.

Mit seinen letzten Worten zielt Snowden auf Rußland. Das heutige Deutschland bietet mit seiner rein demokratischen Verfassung, die noch bei weitem freier ist als die englische ist, jeder Partei die Möglichkeit, eine ungehinderte Propaganda für ihre Ziele entfalten. Ob es den Betreffenden gelingt, die Mehrheit des Volkes für sich zu gewinnen, ist ihre Sache. Die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes bedankt sich hoffentlich sehr entschieden dafür, daß ihm die eine oder andere Anschauung mit Gewalt aufzotroffen wird.

### Die Volkswirtschaften wollen auch die Gewerkschafts-Internationale zerstören

Die unabhängige „Freiheit“ berichtet vom Moskauer Volkswirtschaftenkongreß:

Der zweite Kongreß der 3. Internationale hat sich u. a. auch mit der Frage der Gewerkschaften beschäftigt. Die Vertreter der Gewerkschafts- und Produktionsverbände Russlands, Italiens, Spaniens, Frankreichs, Bulgariens, Serbiens und Georgiens entwarfen auf Veranlassung des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale Richtlinien für die revolutionäre Betätigung und Umformung aller bestehenden Gewerkschaften. Sie erklärten, daß sogenannte Reformen wie z. B. Verkürzung des Arbeitstages, Lohnerhöhung, bessere Arbeitsbedingungen usw. zwar den Klassenkampf erleichtern, aber die soziale Frage nicht lösen können. Der größte Teil der Gewerkschaftsverbände in den Ländern, die am Kriege teilgenommen hätten, seien im Laufe der letzten Kriegsjahre als Anhänger des Neutralismus zu Diensten des imperialistischen Kapitalismus geworden und hätten dadurch die endgültige Befreiung der Welt von der kapitalistischen Revolution und zur Errichtung der Weltrevolutionärepublik, alle gewerkschaftlich organisierten Kräfte zu einer mächtigen revolutionären Massenorganisation zu vereinigen, die Schulter an Schulter mit den politischen Organisationen des Proletariats zu kämpfen hätten. Dieser Kampf mußte im internationalen Maßstab, in enger Zusammenarbeit aller nicht nach Berufs, sondern nach Industrien zusammengeführter Arbeit geführt werden. Weil die Amerikaner internationale Föderation der Gewerkschaften ihrem Programm und ihrer Taktik nach nicht fähig sei, diese Arbeit zu leisten, wurde folgender Beschluß gefaßt:

1. Die Taktik des Eintritts der revolutionären Elemente aus den bestehenden Gewerkschaftsverbänden ist zu beurteilen. Die revolutionären Elemente sind in jedem Teil verpflichtet, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Opportunisten, die mit der Bourgeoisie während des imperialistischen Krieges zusammengearbeitet haben und die auch jetzt nach den Interessen des imperialistischen Kapitalismus dienen, indem sie an der betrügerischen Tätigkeit des Völkerverbundes teilnehmen, aus diesen Verbänden zu verdrängen.

2. Innerhalb des Rahmens der Gewerkschaftsverbände der ganzen Welt ist eine Propaganda für den Kommunismus zu entfalten und in jede Organisation sind kommunistische und revolutionäre Gruppen zur Propaganda und Durchführung unseres Programms zu gründen.

3. Ein internationales Komitee zur Neuorganisation der Gewerkschaftsbewegung ist in diesem Sinne neu zu organisieren. Dieses Komitee funktioniert als Internationales Rat der Gewerkschaftsverbände und arbeitet im Einvernehmen mit dem Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale unter Bedingungen, die vom Kongreß festgelegt werden. Im Rat müssen alle Gewerkschafts- und Produktionsarbeiterorganisationen vertreten sein, die der kommunistischen Internationale angeschlossen sind. Ein Vertreter des Internationalen Rates der Gewerkschaftsverbände hat dem Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale als Mitglied beizutreten, wie auch ein Vertreter des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale dem Internationalen Rat der Gewerkschaftsverbände als Mitglied beizutritt.

Daß die Moskauer Machthaber auch die Gewerkschaften unter ihre Diktatur bringen möchten, ist von ihrem Standpunkt aus erklärlich. Wenn sich aber in den westlichen

## Stadt und Land zum Preisabbau

Gleichsam als Fortsetzung und Ergänzung der letzten Mittwoch stattgefundenen Versammlung der Betriebsräte Karlsruhe, in der Herr Dr. Müller über die Frage des Preisabbaus und die Errichtung von Preisprüfungsstellen sprach, fand am Sonntag mittag im Rathhause eine Besprechung mit den Vertretern der Gemeinden des Kreises Karlsruhe statt, in der die Frage der Preisprüfungsstellen mit den Vertretern der Produzenten eingehend besprochen wurde. Die Versammlung war, wie wir schon kurz berichteten, aus den Gemeinden des Kreises gut besucht.

Bürgermeister Sauer begrüßte im Namen der Stadtverwaltung die Versammlung. Er bemerkte, die Hoffnung auf eine Senkung der Preise nach Kriegsende sei leider nicht in Erfüllung gegangen. Unter diesem Druck der dauernden Preissteigerungen seien nun die städtischen und gemeindlichen Preisprüfungsstellen entstanden. Allerdings müßte auch hier ein Fundament geschaffen werden, damit nicht einzelne Stellen nach ihrem eigenen Kopf arbeiten. Nur die Zusammenarbeit aller Kommissionen als Ganzes wird die entsprechende Wirkung haben. Sodann sprach der Vorsitzende der Preisprüfungsstelle Karlsruhe, Dr. Müller, über die Errichtung von Preisprüfungsstellen. Der Redner beleuchtete zunächst die Licht- und Schattenseiten der nun begrabenen Zwangswirtschaft und meinte, daß wir keinen Grund hätten, diese Zwangswirtschaft wieder aufzuwecken. Die Zwangswirtschaft erreichte zwar, daß unsere Volkswirtschaft nicht zerfiel, doch konnte das Schicksal der Wirtschaft nicht beiseite gerufen werden. Staat und Gemeinde dürfen nicht unternehmer sein, das Ziel müsse sein: weder Staats- noch Gemeindebetrieb, sondern Volkswirtschaft. Die Volkswirtschaft hat uns zu einer ungeheuren Preissteigerung getrieben. Wenn es uns nicht gelingt, diese zu beseitigen, so wird fürchterliche Not und Elend unausbleiblich sein. Zur Bekämpfung der Willkürherrschaft gewisser Kreise führte der Redner ein treffendes Beispiel vom Zwischengeldmarkt an. Die Karlsruher Kommission erreichte bei Verhandlungen mit den Bühler Händlern einen Zwischengeldpreis von 50 A, womit sich dieselben auch abfanden. Die Herren Verkäufer des Nordens überboten diesen Preis und zahlten 140 A. Man darf sich nicht wundern, wenn die Bauern an die letzteren ihre Waren absetzen. Zum großen Teil gelangt dieses Obst aber nicht an die Bevölkerung, sondern man verschleppt es in die Brennerien über die Grenze.

Die Fleischversorgung berechtigt zu keinen großen Hoffnungen. Das Vieh wird aufgezogen und wandert ebenfalls ins Ausland. Das sind die Folgen des freien Handels. Ueberall bilden die industriellen Ringe, durch die auch die landwirtschaftlichen Arbeitsgeräte, Düngemittel usw. in die Höhe getrieben werden, weshalb die Preiskommissionen hier nach einem Ausgleich trachten müssen. Der Redner bittet noch die anwesenden ländlichen Vertreter, die ärztlichen Feststellungen, wonach 80 Proz. unweiliger Kinder in der Stadt Karlsruhe schwindtätig sind, zu beachten. Sie sollen nicht das Leben und Treiben auf der Kaiserstraße, in den Cafés und Kabarets als Maßstab nehmen, sondern dort hinter sich, wo bitterer Not herrscht, wo Proletarinder mit dünnen Beinen, klaffen Wangen und sahlen Augen an das Gefühl der Menschlichkeit appellieren. Wenn sie das sehen, dann werden auch sie mit Freude mit den Städten zusammenarbeiten. Es muß nun ganz energisch dem Widerstand gefeuert werden, wir müssen den Händlern eine Preispanne vordrängen. Die Magenfrage muß gelöst und die politischen Parteien in dieser Krise ausgeschaltet werden, nur dann wird es uns möglich sein, eine Einigung zu erreichen. Wir wollen gemeinsam zusammenarbeiten, um das Hungertum unseres Volkes nicht zu vergrößern.

In der anschließenden Diskussion appellierte Bezirksrat Seitz (Wanzenloch) an die Landwirtschaft, das Aufsparen des Rammons hätte doch keinen Zweck, denn mit dem Zusammenbruch des Reiches kommt auch der Geldfuß unter dieäder.

Staaten innerhalb der Gewerkschaften auch nur eine Winderheit für diesen Wahnsinn finden würde, wäre es bereits neues Unglück für die gesamte Arbeiterbewegung. Wie wir unsere Kommunisten und einen Teil der Unabhängigen kennen, werden sie mit Freude auch dieser Moskauer Parole folgen, es gilt ja zu zerstören und nicht mühevoll aufzu-

Gemeinderat Munding (Wretten) schildert die örtlichen Verhältnisse und empfahl eine rasche Preisregulierung, damit auch wir wieder konkurrenzfähig werden. Gemeinderat Heil (Niedelsheim) polemisierte gegen die christl. Kirche. Der Landwirt sei es Angst vor der Sozialisierung. Es gebe nun nur noch eines: kapitalistisches oder sozialistisches System, ersteres dürfte wohl schon als begraben betrachtet werden. Bürgermeister Sauer bittet die Redner, nicht die Politik in die Debatte hinzuziehen. Diefem schloß sich auch Bürgermeister Red (Eggenstein) an, der sich im großen ganzen mit der Denkschrift der Preisprüfungsstelle einverstanden erklärte. Betreffend des Tages: „Wo Polizei und Regierungsorgane versagen, wird die Einhaltung der Richtlinien und Vereinbarungen durch Selbsthilfe veranlaßt“ bittet Redner um Aufklärung. Im Prinzip stimme er allen Forderungen zu. Die Landwirtschaft ist bereit, man muß aber auch von der Gegenseite daselbe verlangen. Der Kunstdünger, der um das zehn- und zwanzigfache gestiegen sei, soll im Herbst eine nochmalige Erhöhung erfahren, dem müßte tatkräftig entgegengetreten werden. Dr. Müller gab Herrn Red eine beruhigende Antwort betreffs „Selbsthilfe“. Linz (Aue) machte praktische Vorschläge zur Selbsthilfe und ging besonders mit den Tabakanpflanzern scharf zu Gericht.

Da noch eine große Anzahl Redner vorgemerkt waren, wurde ein Antrag, die Redezeit auf 5 Minuten festzusetzen, einstimmig angenommen. Stadth. Braun (Weiertheim) empfahl eine bessere Vorrichtung auf den Uebergangsstationen. Gehler (Wärsch) hat die Vertreter der Landwirtschaft um regere Beteiligung an der Debatte. Baumann (Horsheim) mißt eine große Schuld an den Uebelständen den Städten selbst bei, die die Preise durch das Hamstern unnütz in die Höhe treiben. Gemeinderat Fuhs (Eggenstein) bringt Klagen der Landwirte vor. Der teure Düngepreis mache eine billigere Abgabe der Milch unmöglich. Nur wenn Angebot und Nachfrage einmal richtig geregelt seien, würde auch die Preisfrage bald ins reine kommen. Betriebsrat Bürkle (Karlsruhe) tritt für Preisüberwachungsstellen ein, um auch den so beliebten nächtlichen Einkauf zu verhindern. Erst müsse man bei den Lebensmitteln abbauen, dann könne man an die Löhne denken, denn die Arbeiter dürften nicht die Leidtragende sein. Bürgermeister Aler (Aue) meinte, die Preisprüfungsstelle Karlsruhe habe die Preise für Obst zu hoch angesetzt. Die Landwirte von Aue würden ihre Ware gerne um einen niedrigeren Preis absetzen, damit nichts verderbe, denn durch den hohen Preis sei auch der Absatz dementsprechend. Bürgermeister Sauer (Knielingen) erklärt sich mit der Preisüberwachung einverstanden, doch müssen alle Preise, auch die der landwirtschaftlichen Maschinen, abgebaut werden. Herr Amtsrat Hoffmann (Mannheim) behauptet, daß bisher die Bevölkerung so wenig Gebrauch gemacht hat von den Preisprüfungsstellen. Er vertritt die Meinung, daß wenn einmal Mißgriffe gemacht werden, nicht alle auf einen schimpfen sollen, sondern daß da jeder einzelne schuld daran trage. Wir werden das Problem der Preisprüfungsstellen nicht ganz lösen können, doch der Versuch muß gemacht werden. Es ist unmöglich, Einheitspreise im ganzen Lande einzuführen, da die Verhältnisse verschieden sind.

Zum Schluß betonte Sauer (Karlsruhe), daß die Richtlinien im Auftrage der Stadtverwaltung herausgegeben worden sind, und auch diese für den Sach betr. „Selbsthilfe“ die Verantwortung übernehme. Wir dürfen uns vor der nackten Tatsache nicht die Augen verschließen, daß die Karlsruher Unruhen aus der Not heraus entstanden sind und um weiteres Unglück und weitere Opfer zu verhüten, müssen Mittel und Wege gefunden werden. Die Stadt Karlsruhe ist mit gutem Beispiel vorangegangen, doch dürfen die Millionenopfer, die gebracht worden sind, nicht umsonst sein.

Nachdem die Entschließung, die wir bereits mitgeteilt haben, einstimmig angenommen und der Ausschuß gebildet worden war, konnte der Vorsitzende Bürgermeister Sauer um 1/6 Uhr die Sitzung schließen.

bauen, und da muß ein echter Radikalismus natürlich dabei sein. Wenn wir auch überzeugt sind, daß die deutschen Gewerkschaften auch diesen bolschewistischen Forderungenversuchen erfolgreich Widerstand zu leisten vermögen, aufgepaßt muß deshalb werden, um Schäden zu verhüten, der durch die einsehenden Dieretreiberien entstehen kann.

### Die Vertreterversammlung des Badischen Lehrervereins

Die Tagungen des Badischen Lehrervereins sind als Willensausdruck der Badischen Volksschullehrer von einer Bedeutung, die sich nicht in Ständefragen erschöpft, sondern in Bezug auf die Schule und öffentliche Erziehung als Kulturorgan, von ebenso politischer Bedeutung. Es ergibt sich hieraus für den Kulturpolitiker einerseits, die aus natürlichen Gründen der Volksschule besondern nahesteht, die Aufgabe, von seinem politischen Standpunkt aus diese Willensäußerungen kritisch zu prüfen. Man darf wohl sagen, daß in diesen zwei Tagen in Offenburg sehr wichtige, die Allgemeinheit interessierende Fragen von sachmännlichem Standpunkte aus betrachtet wurden, auf deren Ergebnisse zu hören man alle Ursache hat. Schon der erste Tag war in seinen Ergebnissen von wesentlicher Bedeutung. Anschließend an einen Vortrag des Prof. Peters von der Handelshochschule Mannheim über das „Begabtenproblem“ wurde die moderne Frage der „Differenzierung“ des Volksschulwesens erörtert. Es ist von Wichtigkeit, daß hier von der Seite der Wissenschaft, wie von der Seite der Praxis aus festgestellt wurde, daß man an diese Fragen mit der größten Aufmerksamkeit herangehen müsse, wolle man nicht ungeheuren sozialen und individuellen Schäden anrichten. Einmütig war man der Ansicht, daß innerhalb der Volksschule selbst eine Heranbildung von „Begabten“ eine pädagogische Verlehrsheit wäre, vor allem weil dies nur die Vorausstellung einseitig intellektuell Begabter sein könne, wodurch die viel wichtigere Erziehungsaufgabe gefährdet würde. Die Volksschule muß auf breiter Basis Erziehungsschule und nicht Wissensschule sein. Die Gründe im einzelnen anzuführen würde zu weit führen. Man kam demzufolge zu einer Ablehnung der Differenzierungs-Systeme (also etwa des Mannheimer) und nahm folgende Sätze an:

1. Begabtenklassen sind abzulehnen. Dagegen können besondere Reigungen und Begabungen in wohlfeilen Kurzen gepflegt werden.

2. Kinder, die zwar unterrichtsfähig, aber infolge geistiger Mängel nicht am Unterricht der allgemeinen Schule teilnehmen können, sind Hilfsschulen bzw. Hilfsklassen zuzuwenden.

3. Ein besonderer Zwischenzug zwischen Hilfs- und Normalklassen ist nicht zu schaffen. Für solche Schüler, die zeitweilig oder aus gesundheitlichen oder anderen Ursachen zurückbleiben, ist Nachhilfeunterricht einzuführen. Ein Wiederholen von Klassen soll daneben nicht ausgeschlossen sein.

Hand in Hand mit diesen Erörterungen ging die Beratung über den vom Ausschuß für Erziehungswissenschaft geschaffenen Lehrplandentwurf, der in seinen Grundgedanken an-

genommen wurde. Hoffentlich entschließt man sich aber auch bei dem Ministerium in dieser Frage mit der Lehrerschaft zusammenzuarbeiten. Es scheint uns gerade dies von weitreichendster Wichtigkeit zu sein. Daß man bis heute leider noch nicht daran denkt, in der allein produktiven Weise mit der Lehrerschaft zusammenzuarbeiten, das beweist die Debatte über die Reichsfrage, die offenbar, nachdem lange Zeit darin überhaupt nichts geschah, nun auf die allerungünstigste Weise technisch und grundsätzlich geregelt werden soll. Die Lehrerschaft entschloß sich in dieser Sache zu folgender Forderung:

1. Die Vertreterversammlung behauptet, daß die Organisationen der Lehrerschaft neuerdings besonders bei der Umarbeitung der bisherigen Lehrbücher durch die amtliche Behörde ausgegliedert werden und nur nachträglich gutachtlich gehört werden sollen.

2. Die Vertreterversammlung befürwortet, daß eine wirkliche Neubearbeitung der badischen Volksschullehrbücher durch die jetzt eingeleitete Umarbeitung der bisherigen Lehrbücher auf lange Zeit verschoben wird. Die Vertreterversammlung erstattet, daß die Lehrorganisationen in Zukunft bei allen schulpolitischen und erziehungswissenschaftlichen Fragen (sowohl bei der Beratung der grundsätzlichen Vorklagen wie auch zur verantwortlichen Mitarbeit und Mitentscheidung herangezogen werden.

Tatsache ist, daß es der Behörde nicht unbekannt sein dürfte, daß von seiten der Lehrerschaft auf diesem Gebiet schon gearbeitet wird und daß die organisierte Lehrerschaft nicht willens ist, sich von oben herunter ihre Lehrmittel bevordnen zu lassen. Man darf auch hier von den politischen Parteien erwarten, daß sie der Lehrerschaft in dem Kampf gegen eine Erziehungsbürokratie zu Hilfe kommen; daß bei der sozialdemokratischen Partei die Lehrer hier noch am ersten etwas zu erhoffen haben, das hat ja die Interpellation des Abg. Dr. Krauß bewiesen. Ferner gelangte ein Entwurf zu einem neuen Schulgesetz zur Beratung, dessen Grundzüge einen erfreulichen Geist atmen. Hier haben wir ein Schulgesetz, in dem wirklich etwas vom neuen Geist zu verspüren ist. Wir wollen hoffen, daß dieser Entwurf von Lehrerseite einen wesentlichen Einfluß bei der Gestaltung des Schulgesetzes durch die Volksvertretung ausüben wird.

Ueber die Besoldungsfrage wurde eingehend Aufschluß erteilt. Die Lehrerschaft hat keinen Grund von ihrem bisherigen Standpunkt abzuweichen. Es ist nach wie vor entscheidend diese Frage grundsätzlich zu betrachten und erblickt in der Einwirkung der Lehrerschaft in Gruppe 7 und 8 des Gehaltsvertrages eine Geringschätzung der Lehr- und Erziehungsarbeit an der breiten Masse des Volkes, wie sie von Regierung und Parlament eines Volksstaates nicht erwartet werden dürfte. Wir möchten zu letzterem bemerken, daß das Parlament in dieser Sache das letzte Wort

nicht gesprochen hat. Die Red.) Die Vertreterversammlung protestiert gegen diese gehaltliche Unterbewertung. Die auf wissenschaftlicher und künstlerischer Grundlage zu leistende Unterrichts- und Erziehungsarbeit in der Volksschule kann ihr Wertmaß nur in der wesensgleichen Tätigkeit der Lehrer an höheren Schulen finden und mit dieser in ein entsprechendes Verhältnis gesetzt werden. Die Lehrerschaft erwartet daher bei der Revision des Gehaltsvertrages die Erfüllung ihrer begründeten Wünsche und darum auch gerechten Forderung: Einreichung in die Stufen, die den der akademisch gebildeten Lehrer unmittelbar voraussehen, also in 8 und 9 des jetzigen Tarifes. Der Homogenität aller in der Volksschule geleisteten Arbeit entsprechend, wird ein Aufsteigen in höhere Gehaltsstufen nach dem Beförderungsprinzip unter allen Umständen abgelehnt. Das Aufsteigen darf nur nach dem Dienstalter erfolgen. Das Vorgehen einzelner Lehrer und Rektoren in Selbstverwaltungs- und Gehaltsfragen wurde sehr scharf mißbilligt, und unseres Erachtens durchaus mit Recht. Es ist ein Anfang, daß die Lehrerschaft, indem eine solche rein verwaltungsmäßiger Natur, als Ausdruck einer „gehobenen Lehrerschaft“ dienen soll. Das bedeutet im tiefsten Grunde eine Verächtlichmachung der eigentlichen Erziehungsarbeit, gegen die nicht scharf genug protestiert werden kann. Daß man versucht, selbst in sozialdemokratischen Kreisen mit solchen Maßnahmen Stimmung zu machen, ist bedauerlich; gerade für den Sozialisten sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, daß die Volksschule nur dann eine wahre Erziehungsschule und Einheitschule sein kann, wenn die Erziehungsarbeit an erster und wesentlicher Stelle steht und dies auch in den Formen der Selbstverwaltung und der gehaltlichen Stellung aller Lehrer deutlich zum Ausdruck kommt.

Damit haben wir die wichtigsten, die Allgemeinheit insbesondere berührenden Fragen der Tagung gestreift; die anderen dort verhandelten Dinge sind mehr Organisationsfragen, auf die wir hier nicht eingehen brauchen. Zusammenfassend darf man wohl sagen, daß die badische Lehrerschaft auf ihrem Gebiete den Geist neuen Wandens und zukunftsreichen Willens verkörpert. Daß es aber nötig ist, gegenüber den verschiedenen Strömungen von rechts her diese Einstellung zu stützen, das unterliegt keinem Zweifel. Es kann dies einerseits dadurch geschehen, daß insbesondere die Partei, welche der Volksschule am nächsten steht, die Sozialdemokratie, die Forderungen der Lehrerschaft unterstützt; es ist deshalb noch lange nicht gesagt, daß die badische Lehrerschaft sich „im Rahmen der Sozialdemokratie“ befindet. Nebenbei eine tüchtige agitatorische Propaganda sowohl sachlich wie persönlich; die Lehrerschaft erhebt ihre Forderungen aus der Erfahrung ihrer Praxis und aus wissenschaftlichen Gründen; aber andererseits würde die politische Unterstützung noch viel klarer und einträglicher sich gestalten können, wenn die Mehrzahl der badischen Lehrerschaft erkennen wollte, wohin sie politisch gehört; in die Reihen der deutschen Sozialdemokratie.

Gemeindepolitik

4. Hornberg (Schwarzwald), 22. Aug. Der außerordentlich große Wohnungsmangel bestimmte den Gemeinderat, ein Zugangsverbot zu erlassen. Neuzuziehenden wird nur unter der Bedingung Aufnahme gewährt, daß sie in den ersten drei Jahren keinen Anspruch auf eine Wohnung erheben. Männer unter 26 Jahren, welche sich zu verheiraten beabsichtigen, erhalten in Hornberg vorerst keine Wohnung zugewiesen.

Konstanz, 22. Aug. Eine von vertriebenen Elsfäß-Lohnrington ins Leben gerufene Siedelungsgenossenschaft beabsichtigt in Verbindung mit der badischen Siedelungs- und Landbank und mit Unterstützung von Reich, Land und Stadt eine Anzahl von Wohnhäusern zu erstellen. Der Stadtrat erklärte sich grundsätzlich bereit, der Genossenschaft in ähnlicher Weise entgegenzukommen, wie dem hiesigen Spar- und Bauverein.

Aus dem Lande

Durlach Verein Arbeiterjugend. Morgen Mittwoch findet eine Mitgliederversammlung statt, wozu das Erscheinen aller Jugendgenossen erwünscht ist.

Mannheim, 23. Aug. Mit Rücksicht auf die freiwillige Herabsetzung des Erzeugerpreises für Milch in einzelnen badischen Amtsbezirken ist hier der Preis für Rahmgermilch von 1.20 M auf 1 M und der Preis für Vollmilch von 2.20 M auf 2.10 M pro Liter ermäßigt worden.

Mannheim, 22. Aug. Die seit einigen Wochen hier weilende Internationale Luftfahrüberwachungskommission beabsichtigt die Herstellung der in Mannheim befindlichen Flugzeuge und Flugzeugmotoren. U. a. fiel das gesamte Flugzeugmaterial des hiesigen Piloten Richard Dietrich der Herstellung zum Opfer. Es sind dies zum Teil fertiggestellte Passagierflugzeuge, die für die Errichtung eines Privatluftverkehrs bestimmt und mit hochwertigen Benz- und Mercedes-Motoren ausgestattet waren. Eines dieser Flugzeuge war in den letzten Monaten im Waldparkrestaurant am Birkenhäuschen zur Besichtigung ausgestellt, wurde jedoch von der Entente-Kommission beschlagnahmt und mußte nunmehr weggeschafft und zerstört werden.

Die Diebstahle im Mannheimer Rangierbahnhof. Die umfangreiche Untersuchung wegen der Diebstahle im Rangierbahnhof ist nunmehr abgeschlossen. Von insgesamt 330 zur Untersuchung gezogenen Personen ist gegen 22 die Anklage erhoben, während das Verfahren gegen 98 Beschuldigte eingestellt worden ist. Gegen 30 Angeklagte hat die Hauptverhandlung vor der Strafkammer noch stattgefunden, die übrigen Angeklagten sind bereits abgeurteilt. Die ausgesprochenen Strafen bewegen sich zwischen 1 Woche und 2 Jahr 9 Monaten Gefängnis. Freigesprochen wurden 11 Angeklagte.

Dettingen, 23. Aug. Bei einer Probefahrt eines Benzschen Automobils sprangen vier Kinder vor dem Kraftwagen über die Straße. Eines der Kinder wurde dabei von dem Scheinblech des Autos an der Stirn gestreift und so schwer verletzt, daß es bald darauf starb.

Ettenheim, 22. Aug. Ein mit zwei Franzosen besetztes Auto fuhr am Freitagabend auf der Landstraße mit dem Einpännerführer des Kaufmanns Martin Vette zusammen. Das Pferd, dem zwei Weine abgefahren wurden, mußte sofort geschlachtet werden. Während der Fahrer unbeschädigt davon kam, wurde einer der Autofahrer durch Glassplitter am Kopf ziemlich schwer verletzt.

Ueberlingen, 22. Aug. Der Fischer Brauchli von Dettingen kam in einer angeschwommenen Gondel die Leiche des Diplomaten Grafen Eduard v. Galden bei der schwedischen Gesandtschaft in Berlin. v. Galden hielt sich wiederholt in Ueberlingen auf, wo er seit einigen Tagen im Badhotel wieder Aufenthalt genommen hat. Die gerichtliche Untersuchung stellte Selbstmord fest. Der Revolver lag am Boden der Gondel.

Ein Autosammenstoß.

22. Kastatt, 23. Aug. Das Auto der Firma Degler, das von einer Bauhütte kam, fuhr einen Kraftwagen des Bauers Franz an und rief diesem die Steuerung weg. Der Wagen fuhr in eine Gruppe spielender Kinder hinein, wobei ein Knabe den Tod erlitt. Der Unfall ereignete sich in der Nähe von Görden.

Ein schweres Bootunglück auf dem Rhein.

22. Kastatt, 23. Aug. Ein Boot des Kastatter Ruderklub geriet auf einer Rheinfahrt unweit Lauterberg in die Wellen eines von Duisburg kommenden und nach Straßburg fahrenden Rheinschleppers. Als die Insassen bemerkten, daß Wasser in das Boot eindrang, sprangen drei von ihnen in den Rhein, um das Ufer schwimmend zu erreichen, gingen jedoch nicht weit von dem schifflichen Ufer unter. Die beiden anderen Insassen konnten schließlich gerettet werden. Die Ertrunkenen sind ein Student namens Eugen Krum, der Sohn des Direktors Krum von Kastatt, sowie die beiden Damen Lina Bloedt,

Theater, Kunst und Wissenschaft

Als „kurze Unterbrechung“ war die theaterlose Zeit bezeichnet worden und doch stand über der Aufführung des „Algenbaran“ am letzten Sonntag, von zwei bedeutenden schwarzen Händen geführt: „Eröffnungsvorstellung“. Nun darf man aber beim Theater nicht alles wörtlich nehmen und in diesem Sinne sei auch dieser Anfang ohne Auseinandersetzung hingenommen — zumal er vortrefflich war. Ausverkauf bis auf die letzte Reihe ging die Stimmung des Publikums bald auf die Darsteller über, sodas der erste Akt gegen Ende sich recht schwungvoll gestaltete. Das Orchester unter Wilhelm Schweppe gab seine Empfehlung für die nächste Spielzeit in keiner Klagenfaltung ab. Aber die Aufführung zu berichten, hatten wir ja vor kurzen Gelegenheit. Freilich Dank gab wieder in der gewohnten drastischen Weise den Schweinefritten Japan; wir freuen uns, den trefflichen Künstler in nächster Zeit wieder öfter auf der Bühne begrüßen zu können. — Die Bedeutung und Leistungsfähigkeit einer Kraft scheint man an der Oper jetzt immer mehr einzusehen und werten zu lernen; das ist die im wahren Sinne des Wortes stimmgebende Kätze Dell, die zum erstenmal die Saffi sang. Der edle, feingebildete Stimmklang dieser Sängerin kam hier zu hervorragender Wirkung. Natürliche Veranlagung und treffliche, die noch vorhandenen Unausgeglichenheiten der Höhenlage sichtlich noch festsetzende Gesangsbehandlung finden sich zu der Einheit einer Erscheinung zusammen, der sich vor allem notwendig ist: Klänge und damit immer freier werdendes Entfalten der wertvollen Mittel. Dieser Stimme wird einmal eine Rolle gehören, und in diese Richtung sei sie gewiesen: die Tosca! Und damit dürfte auch ihre Saffi genügend gekennzeichnet sein. Die übrigen, voran der Veritän von Franz Schwerdt, der gar nicht immer fortissimo zu kommen braucht, geben ihr bestes. So kam eine recht lebendige Aufführung zustande.

Die versprochene Verbesserung der Musik trifft doch nur bedingt zu. Laut anderweitiger, verlässlicher Aussage soll auch auf der Galerie immer noch nicht viel an gesprochenen, geschweige an gesungenen Worten verständlich sein. Wir wollen noch den „Barbier“ abwarten. s. k.

die Tochter des Lehrgemeisters Bloedt von hier, und Marie Hermann, Tochter des Gedichters von hier.

Pferdevermittlung. Die Korrespondenz der badischen Landwirtschaftskammer teilt mit: Die Demobilisierung ist schon längst beendet. Die Zumeisterung von Pferden durch die Militärverwaltung an die Landwirtschaftskammer hat in letzter Zeit vollständig aufgehört. Die der Landwirtschaftskammer zugewiesenen Pferde sollen in erster Linie an Kriegesverletzte, Kriegsgefangene, Kriegshinterbliebene und an solche Landwirte und Gewerbetreibende abgegeben werden, die mit staatlicher Unterstützung angeeignet werden sollen, oder deren Betrieb im öffentlichen Nutzen gelegen ist und die nicht in der Lage sind, auf eine andere Art sich Pferde zu beschaffen. — Bis die bei der Landwirtschaftskammer vorliegenden Anträge um Zumeisterung eines Pferdes erledigt werden können, würden, falls keine andere Dedung erfolgt, Jahre vergehen. Neue Anträge können daher nicht mehr vorgemerkt werden. Weitere Gesuche um Zumeisterung von Pferden an die Landwirtschaftskammer sind also zwecklos. Die Vormerkung, die in absehbarer Zeit doch keine Aussicht auf Erfüllung hat, würde nur falsche Hoffnungen bei den Antragstellern erwecken. Es gilt also auch hier mit feststehenden Tatsachen zu rechnen.

Aus der Stadt

\* Karlsruhe, 24. August.

Zeitsonette

Es liegt ein Vagen in der Luft. Die Sonne brennt. Der Tag steht schmil. Im Osten strahlt wie Kampfgenüß. Im Osten gähnt wie Gruft an Gruft. Besonnenheit! Und ruhig Blut! Ein falscher Rud: das Schifflein faul! Dem Abend und der Herrsch' die Faust, Wie sehr sie zittert auch in Wut! Ein falscher Rud: was du gefügt! Zum Fundament in Wein und Not, Ein leiser Aufschau schon genügt! Und wieder grausen Krieg und Tod... Von Nord und West, von Dual und Streit! Klirr: nur die Dieb... Besonnenheit!

Nachgeschmack zum Sonntagsausflug

Am hiesigen Hauptbahnhof herrschte Sonntag abends, wenn die Ausflügler von ihrer wohlverdienten Sonntagsausspannung zurückkehrten, geradezu unbeschreibliche Zustände. Die Abendzüge — Kurzüge und sonstige Züge — kommen jeweils überfüllt aus dem Oberland zurück. Gepäck- und Güterwagen sind mit Menschen geradezu vollgepfropft. Dagegen ist wohl infolge der uns durch den Friedensvertrag auferlegten Ablieferung von Wagenmaterial an die Entente nichts zu machen.

Wer aber glücklich aus den überfüllten Wagen herausgeklert ist, dem empört die unerhörte Organisation des Dienstes an den Bahnsteigperronen. Gerade in dieser Zeit des Hauptverkehrs, wie er notwendig nur einmal vorkommt, könnte man doch verlangen, daß die Bahnverwaltung wenigstens sämtliche Sperren mit Beamten besetzt, damit sich der Menschenstrom doch wenigstens einigermaßen verteilen kann. Dagegen ist nicht nur regelmäßig auch an Sonntagen die Unterführung am Oben des Hauptbahnhofs für den Verkehr gesperrt, sondern es sind nach nicht einmal alle Ausgänge nach dem großen Schalterraum geöffnet. Wer einmal den Anblick gesehen hat, wie sich an solchen Sonntagsabenden die Leute auf den Treppen der westlichen Unterführung in lebensgefährlicher Weise drängen und stoßen, wie sie dann mit den nach den Heidelberger Personenzügen aufwärts drängenden Massen auf der Treppe zusammenstoßen, so daß überhaupt kaum mehr ein Ausweg möglich ist und wie sich dann an der Sperre das gleiche Schauspiel wiederholt, der wird nicht bestreiten können, daß die zuständigen Behörden die Pflicht haben, hier nach dem Rechte zu sehen. Es muß unbedingt in diesen Stunden des Hauptverkehrs die städtische Unterführung mit ihren sämtlichen Sperren und ebenso sämtliche Durchgänge der westlichen Unterführung für den Verkehr geöffnet werden. In diesem Falle können sich die Behörden, mit den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen nicht entschuldigend, denn ein Mangel an Beamten besteht nicht, und es ist lediglich eine vernünftige Verringerung in der Schichtordnung notwendig, um hier geräteten Menschenmassen Abhilfe zu verschaffen. Wenn erst einmal eine solche Sperre durch eine aus irgend welchen Gründen ausgebrochene Panik in den gedrückten Menschenmassen unabsehbares Unglück geschehen ist, ist es zu spät. H.

Gebührnisse der Altpensionäre und Hinterbliebenen

Durch das gleichzeitig mit dem preussischen Beamten-Dienst-Einkommengesetz vom 7. Mai 1920 in Kraft getretene Beamten-Altersruhegesetz haben die Bezüge der preussischen Altpensionäre und Hinterbliebenen eine zeitgemäße Aufbesserung erfahren. Der Entwurf eines entsprechenden Reichsgesetzes ist während der kurzen Sommerferien des Reichstages leider nicht mehr zur Beratung gekommen. Er soll nunmehr dem Reichstag sodie nach seinem Zusammentritt im Herbst vorgelegt werden. Um aber den Altpensionären und Hinterbliebenen während der Übergangszeit über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach Möglichkeit hinwegzuhelfen, hat sich der Reichsminister der Finanzen schon im Mai damit einverstanden erklärt, daß den Genannten neben den ihnen gesetzlich zustehenden Pensionen und Hinterbliebenengebührlissen ein Betrag in Höhe der Hälfte dieser Bezüge als Vorschuß auf die in Aussicht stehenden höheren gesetzlichen Gebührlisse gezahlt wird. Die Zahlungen erfolgen von Amts wegen, also ohne Antrag und auch ohne Prüfung des Bedürfnisses.

Aus dem Malergewerbe

Am 13. August ds. J. berietete in einer Mitgliederversammlung des Malerverbandes der Bezirksleiter G. H. Stüttgen über den Verlauf der am 4. und 5. August d. J. in Berlin stattgefundenen Verhandlungen des Haupttarifamtes über eine neue Teuerungszulage. Die bei diesen Verhandlungen zur Beratung stehenden Forderungen der Gewerkschaft bewegten sich fast ausnahmslos auf der Höhe der Bauarbeiterzulage. Die Vöhrne der Malergehilfen waren an diesen Orten hinter denen der Bauarbeiter zurückgeblieben. Während z. B. in Berlin die Malergehilfen mit 5.50 M pro Stunde entlohnt werden, erhalten die Bauarbeiter 7.00 M. In Karlsruhe erhalten die Malergehilfen 5.00 M, die Bauarbeiter 5.50 M. Diese ungerechte Entlohnung hatte die Berliner Malergehilfen dazu veranlaßt, in den Streik einzutreten, wodurch erst die Verhandlungen des Haupttarifamtes in Fluß kamen, welche die Arbeitgeber zu verschärften Gedanken. Hat keinen Preis wollte der Hauptvorstand des Arbeitgeberverbandes vor dem 17. Sept. 19. August ds. J. (dem Zeitpunkt des Verbandstages der Arbeitgeber) in Verhandlungen eintreten, um sich auf jener Tagung eine bequeme Stellungnahme zu sichern. Bei den Ausführungen des Bezirksleiters mußte die Leitung des Süddeutschen Arbeitgeberverbandes mit ihrem Sitz in Karlsruhe scheidet weg. Der Vorsitzende Lacroix hat seinerseits nichts unternommen, um die im letzten Jahre in Karlsruhe wiederholt stattgefundenen Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. In keinem einzigen Falle hatte Herr Lacroix den Mut angedrückt, die von ihm selbst als berechtigt anerkannten Forderungen der Gewerkschaft den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes zur Annahme zu empfehlen. Systematisch hatte Herr Lacroix darauf hinarbeitet, um sich in solchen

Fällen gegenüber den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes der Verantwortung zu entziehen. Einen Sturm der Entrüstung rief es in der Versammlung hervor, als der Referent zur Kenntnis brachte, daß seitens der hiesigen Arbeitgeberverbandsleitung ein Antrag wegen zehnprozentiger Herabsetzung der Löhne dem Haupttarifamt vorgelegt habe. Dieser Antrag war von demselben Herrn Lacroix unterzeichnet, der kurz vorher am 21. Juli 1920 bei den Verhandlungen auf dem Karlsruher Rathaus die Forderungen der Gewerkschaft für Bescheiden erklärt hatte und dazu bemerkte, daß er die seitens der Arbeitgeber vielerorts erhobenen Wünsche wegen Herabsetzung der Löhne nicht in Berücksichtigung ziehen werde. Wegen dieser Erklärung ging daher auch das Haupttarifamt auf den nachträglich gestellten Antrag nicht näher ein und entschied unter andern, daß ab 9. August 1920 in Karlsruhe und Durlach eine Lohnerhöhung von 20 %, in Kastatt und Bruchsal eine solche von 10 % pro Stunde zu zahlen ist.

Die Gewerkschaften haben nunmehr darauf zu sehen, daß diese Lohnerhöhung, die an sich den wirklichen Teuerungszulagen in keiner Weise entspricht, ab 9. August 1920 zu zahlen ist. Bei irgend welchen Verzögerungen seitens der Arbeitgeber ist das Verbandsbüro Lessingstraße 39 sofort in Kenntnis zu setzen.

Verein Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Nächsten Donnerstag wird Gen. Schöpplin einen Vortrag halten. „Als Handwerkersburche durch Italien und Südranfreich“ lautet das Thema. Es wird selbst Erlebtes sein, das Gen. Schöpplin der Jugend erzählen wird, aus seinen Tagen, da der Geselle nach abgeschlossener Lehrzeit den Wanderstab ergriff, um als Handwerkersburche durch Länder zu ziehen, um Land und Leute kennen zu lernen. Für die arbeitende Jugend wird es besonders lehrreich sein, über jene Zeit einiges erzählt zu bekommen. Die Jugendgenossen und Genossinnen werden daher erlucht, vorgängig an diesem Abend zu erscheinen, aber auch in ihrem Besonderen- und Freundeskreise zu werden und diejenigen Kameraden, die noch nicht in der Arbeiter-Jugend sind, mitzubringen, Beginn Punkt 8 Uhr.

Die Kartoffelversorgung. Vom städtischen Preisprüfungsamt wird uns geschrieben: Die Frühkartoffelversorgung der hiesigen Stadt ist dank der Bemühungen der Stadtverwaltung, die schon vor Wochen durch ihre Beauftragte in den einzelnen Gemeinden durch Verträge und Aufklärung auf die Landwirte einzunwirken versuchte, eine befriedigende zu nennen. Die hier auf den Markt gebrachten Kartoffeln stammen in der Hauptsache aus den Gemeinden: Niedolheim, Gohlfelden, Staffort, Reutshausen und Weisshausen, Graben, Nussheim, Anielingen, Egenheim, Dürmersheim, Forchheim, Wulach und Hohenweisersbach, kleinere Mengen aus Aue und Durlach. Möge das Beispiel dieser Gemeinden, deren verständiges Vorgehen zu begründen ist, auch auf die übrigen Landgemeinden einen günstigen Einfluß ausüben, damit auch die Spätkartoffelversorgung zur Zufriedenheit ausfällt. Jetzt, nachdem ein lang ersehnter Wunsch der Landwirte dadurch in Erfüllung gegangen ist, daß die Zwangsbeschaffung für Kartoffeln aufgehoben wurde, liegt es in der Hand der Landwirte zu beweisen, daß die Beibehaltung der Zwangsbeschaffung unnötig gewesen wäre, und daß die Landwirte den besten Willen zu einer geordneten Versorgung der Bedarfsgemeinden haben, um dadurch die Bedürfnisse der bisherigen Zwangswirtschaft auszufüllen.

Die Gewichtskontrolle der Pakete mit Papiergeld. Die Gewichtsgrenze und die Wertgrenze für Geldpakete mit Papiergeld, bei denen eine Fülle aus fasten, mehrfach umgeschlagenen Papier mit guter Verschnürung und Verriegelung genügt, wurde bis auf weiteres veranschlagt auf 3 Kilo und 30 000 M. Verkaufspreis.

Das Stadtparkkonzert, das für Mittwoch, den 25. h. M. nachmittags von 14-17 Uhr planmäßig im Stadtpark vor gesehen war, fällt wegen des am gleichen Tage abends 7 Uhr in Aussicht genommenen Sommerfestes mit Sommer nachtsball aus.

Sommernachtsfest und Sommernachtsball, wie sie für kommenden Mittwoch abend im Stadtpark und in der Festhalle von der Stadtparkkommission geplant sind, bezeugen großes Interesse. Mannigfaltig sind auch die Darbietungen, die der Besucher erwarten: Lebhafte Straßenspiele, abwechslungsreicher musikalischer Genüsse, darunter eines Virtuosen, Selbstbeleuchtung des Gartens, Blumenpracht der Anlagen, Blütenduft der Spätrosen und vieler anderer Herbstblüher, Konstellationen auf dem See und — in den hell erleuchteten Parkhallen — einheimische Tanzweisen der beliebtesten Meister, unterbrochen von amüsanzen künstlerischen Darbietungen eines vornehmen Kabarett. Direktor Otto Hans Norden bringt mehrere Vorträge, Chansons, Langduette mit Frä. Kell. Schläger, sie selbst Vieder aus „Schwarzwaldbaden“, „Polenlied“ u. a. m., Frä. Kell. Kirschnick Mitternachts neuere und ältere Genes und zusammen mit Herrn Norden gleichfalls Langduette und dergleichen. Es wird ein stimmungsvolles, festliches Gespräch über dem Ganzen liegen. Falls der Wettergott das Sommerfest im Freien nicht ermöglicht, werden die gesamten Veranstaltungen (ab 7 Uhr) in die Festhalle verlegt. Zugang zu den Parkhallen in allen Fällen nur durch den Stadtpark und den kleinen Saal. Nach Schluß des Valles (12 Uhr) Straßenbahnverbindung nach allen Richtungen. Man nehme Eintritts- und Langkarten möglichst im Vorverkauf.

M. Klugweiche des Vorterrheimer Fußballvereins. Trotz des etwas regnerischen Wetters hatten sich die Karlsruher Fußballfreunde in sehr großer Zahl zur Einweihung des neuen, schön und zweckmäßig angelegten Sportplatzes des Vorterrheimer F. V. eingefunden, ein Beweis dafür, welche großer Verehrung sich der Verein erfreuen darf. Der Vorterrheimer „Schwarzwaldbaden“ eröffnete die kleine offizielle Feier mit dem Vorterrheimer „Schwarzwaldbaden“ in würdiger Weise. Die Vertreter der Kreisbehörde des Verbandes füll. Fußballvereins, sowie des Gauvereins Mittelbaden begrüßten herzlich den Verein zu seiner neuen Anlage. In trefflichen Worten gaben sie ihrer Freude Ausdruck, betonend, daß der Platz eine Stätte der Erholung, sowie der Stärkung von Geist und Körper der Mitglieder des Vereins sein möge. In kurzen Worten dankte sodann der Vorstand des Vereins für die Glückwünsche. Er schloß die Schwertreden, die dem Unternehmen entgegenstanden und gab seiner Freude Ausdruck über das gelungene Werk. Nach kurzen Dankesworten an die Presse, die dem Fußballsport stets großes Interesse entgegenbrachte, übergab er den Platz seiner Bestimmung. Hierauf traten die beiden Mannschaften zum Wettspiel an. Die Vorterrheimer hielten sich den Sportklub Stuttgart zu Gast geladen. Der nach einem interessanten Spiele mit 3:1 Torer Spiel für sich entschied. Ein Halbfinale im Stefanienbad, bei dem Musik- und Gesangsbeiträge, Prolog und Festrede wechselten, gab dem Ganzen einen schönen würdigen Abschluß.

Anfall mit Todesfolge. Gestern Nachmittag nahm der 11-jährige Sohn eines hier wohnenden Schlossers in der Wohnung seines Vaters in der Seifenstraße in einem unbewachten Augenblick ein geladenes Revolver aus einem Weiderrschrank, um damit zu spielen. Dabei entlud sich die Waffe und die Kugel drang dem Knaben ins Herz, was den sofortigen Tod zur Folge hatte.

Verhaftet wurden: Ein Ubrmacher aus Essen, der in einem hiesigen Hotel Bettwäsche gestohlen hatte und außer dieser noch mehrere Mäße im Werte hatte, über deren Erwerb er sich nicht auszuweisen vermochte, ein Tagelöhner aus Lahr wegen Diebstahls und eine Frauensperson aus Hagenau wegen Diebstahls.

Nr. 15  
Lünebu  
ständig  
Grund für  
Berlin.  
Sinn des  
Gutrad ver  
bei Brande  
Sängerin  
Magde  
ped (Gist)  
und erklä  
Die Hand  
Magde  
nach Wend  
sammlung  
Düssel  
den Leben  
leichte Geb  
bei sorgfä  
ktion, sowie  
Gestern wur  
von den bel  
trugen. Wie  
gestellt sind,  
tamt.  
Delmen  
berlung  
stehend ge  
erhoben, es  
fall gemein  
sollen Preis  
ung wurde  
Bastenerle  
führbar und  
Berlin.  
sche staatlich  
übernommen  
juridischge  
Berlin.  
müht, hie  
furt auf der  
Bei der Aec  
Paris  
einem Berid  
leno, Romf  
werden. Die  
Generals E  
berichtet: E  
moris. Die  
ber. Im R  
Somminst  
Paris diese  
Generalfis  
langenshaft  
ist die holl  
werden.  
Kopen  
Amman mel  
nach einer  
eröffnet. D  
schemsi ber  
angigkeit u  
Eintrite er  
halten gegen  
Echarje u  
Berlin  
Friedensab  
erich die  
Programm i  
Sonderwurt  
Wiederaufbe  
verpflichtet  
verpflichtet  
Vesterrhe  
lassen und  
ation zu ver  
Russen  
Berlin  
der Nähe v  
Teil in gesch  
Bergetre  
Die Russen  
ein, wie kürz  
gebracht wor  
Wie der  
burg berichtet  
sichtend g  
über die Gre  
die Truppen  
sicht acht W  
Kavallerien  
des Fußvolk  
gebrochen.  
W  
ausländ  
sind ein  
und fei  
troffen  
Franz  
W  
Steinstr.  
Fer

Kleine Nachrichten

Lüneburg. Seit gestern sind die hiesigen Arbeiter ausständig. Lüneburg ist ohne elektrisches Licht und Gas.

Berlin. Wie die 'Neue Welt' meldet, hat sich die Witwe des Prinzen Joachim von Preußen mit einem Herrn...

Magdeburg. In der Nacht zum Sonntag drang in Schöneberg (Eise) eine bewaffnete Bande in die Fabrik von Wulph ein...

Magdeburg. Am Samstag nachmittag kam es in Staßfurt nach Beendigung einer von der A. P. D. einberufenen Versammlung zu einer Schießerei.

Düsseldorf. Infolge der kommunistischen Putschversuche in den letzten Tagen ist die Kontrolle bei den Uebergehenden in das letzte Gebiet außerordentlich verschärft worden.

Worms. Die Arbeiter der Stadt Licht und Wasserwerk sind heute unter Bruch des Tarifvertrages in den Ausstand getreten.

Berlin. Der 'Berl. Sozialanzeiger' meldet, daß die preussische staatliche Polizei den Schutz von 7000 M. in die Hände übernommen hat.

Berlin. Wie der 'Berl. Sozialanzeiger' aus Magdeburg meldet, fielen den Kommunisten bei dem Putschversuch in Staßfurt auf der Post drei Wertbriefe von 7000 M. in die Hände.

Berlin. Wie der 'Berl. Sozialanzeiger' aus Magdeburg meldet, fielen den Kommunisten bei dem Putschversuch in Staßfurt auf der Post drei Wertbriefe von 7000 M. in die Hände.

Letzte Nachrichten

Der russisch-polnische Krieg

Die Kampflage

Paris, 23. Aug. Genas meldet aus Warschau: Nach einem Bericht des polnischen Pressebüros sind Warschau, Lodz, Kaminia und Wladyslaw von den polnischen Truppen besetzt worden.

Die Verhandlungen in Minsk

Kopenhagen, 23. Aug. Wie 'Berlins Tage' und 'Apost' melden, wurde die polnisch-russische Friedenskonferenz nach einer Moskauer Meldung am letzten Dienstag in Minsk eröffnet.

Scharfe unabhängige Kritik an dem Verhalten Polens

Berlin, 24. Aug. Die polnische Propaganda für die Friedensablehnung wird von der 'Freiheit' als verwerflich bezeichnet. Sollte die betretene Regierung an ihrem Programm fest, so übernehme sie vor der gesamten Welt die Verantwortung für die Verhinderung des Friedens...

Russen auf deutsches Gebiet übergetreten

Berlin, 24. Aug. Nach amtlichen Mitteilungen sind in der Nähe von Reidenburg 6000 bis 7000 Russen, zum Teil in geschlossenen Formationen, auf deutsches Gebiet übergetreten.

Die 'Königsberger Allgemeinen Zeitung' aus Reidenburg berichtet, daß die russischen 3. und 4. Armeeverbände in der Gegend von Reidenburg angekommen sind.

Einberufung des Reichstags

Berlin, 24. Aug. Der 'Vossischen Zeitung' zufolge wird Präsident Ebert den Reichstag zum 18. Oktober einberufen.

Die Entwaffnung

Berlin, 24. Aug. Der Reichsminister für Entwaffnung erklärt eine erste Ausführungsbestimmung zum Verbot über die Entwaffnung der Bevölkerung. Es werden die Gegenstände aufgelistet, die als Militärwaffen angesehen werden...

Betriebsrätekonferenz in Rheinland und Westfalen

Berlin, 23. Aug. In der gestrigen Betriebsrätekonferenz von Rheinland, Westfalen und Lippe-Deimold wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der dem 'Vorwärts' zufolge die Betriebsrätezentrale von allgemeinen deutschen Gewerkschaftsverbänden und der Afa sich bereit erklären...

Große Schiebungen von Heeresgut

Berlin, 23. Aug. Ueber die Schiebung von Heeresgut im allerhöchsten Umfang macht der 'Sozialanzeiger' Mitteilung. Die Hauptbestandteile dabei seien Feuerwaffen, die zahlreich in den Händen der Bevölkerung verteilt seien...

Der ersten Ringergeiz zur Aufdeckung der umfangreichen Schiebungen erhielt die Behörde aus Magdeburg. Dort war ein Mann wegen irgend eines Delikts in Haft genommen worden, für den bald darauf ein Paket angeblich mit Lebensmitteln abgegeben wurde.

Anders liegt die Sache bei einer weiteren Schiebung, die in die Gegend von Weimar weist. Dort ist der Versuch gemacht worden, über hundert Flugapparate zu verschleppen...

100 000 Milchfässer — aber keine Transportfahrzeuge

Berlin, 24. Aug. Die 'Voss. Ztg.' sagt unter der Überschrift: 100 000 Milchfässer und keine Schiffe, man müßte zweifeln an der verhältnismäßigen Einfuhr früherer Zeiten...

Neue Mäbereien

Staßfurt, 23. Aug. Gestern nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr drangen sechs Bewaffnete in die hiesige Post ein und forderten mit vorgehaltenem Revolver die Herausgabe aller Wertsendungen...

Spaltung der französischen Sozialisten

Paris, 24. Aug. Nach einer Meldung des 'Journal' ist eine Spaltung der sozialistischen Partei Frankreichs wahrscheinlich. Die Ursache ist zweifellos die Frage des Beitritts zur dritten Internationale...

Ägypten unabhängig?

Paris, 24. Aug. Nach einer Mitteilung aus London soll sich die englische Regierung entschlossen haben, Ägypten die Unabhängigkeit zurückzugeben. Das Protektorat, das am 18. September 1914 erklärt worden war...

Valuta-Bericht vom 22. August

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 11.75 St. Auszahlung Holland notierte etwa 16.61 M. per holl. Gulden; Schweiz etwa 8.44 M. per schw. Fr.; England etwa 188.75 M. per Pfd. Sterl.; Frankreich etwa 3.63 1/2 M. per franz. Fr.; New York etwa 50.90 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 24. August 1920

Der Luftwirbel über Norddeutschland hat auch gestern noch strichweise im Lande geringe Regenfälle gebracht. Vereinzelt sind wieder Gewitter vorgekommen. Unter dem abkühlenden Einfluß westlicher Seewinde liegen die Nachmittagstemperaturen nur auf 17 Grad an.

Wasserstand des Rheins

Kehl 278, gef. 8; Mainz 487, gef. 9; Mannheim 336, gef. 6. Schiffsleitung: Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Journalisten Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Geisel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. (Sängerbund Vorwärts.) Heute Singstunde für Tendre. Freitag für Basse 8 Uhr; Donnerstag, 26. August, 1/2 Uhr Ede Ruppurrer- und Luisenstraße zwecks Übung. 5085

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheverträge. Franz Canalt von Eberbach, Elektro-mechaniker hier, mit Elisabeth Dinges von Kaiserslautern. Friedrich Trauenscheld von Heidelberg, Maler hier, mit Frieda Scherling Witwe von hier. Edwin Faschian von Lohmosen-Schwarzenberg, Grenzaußseher in Oberschwörstadt, mit Emilie Ritsch von Eßlingen. Max Süther von Strümpfelbrunn, mit Aef. Hanekann von Bulach. Karl Baumann von Trefchingen, Mechaniker hier, mit Rosa Kriege von hier. Paul Wenzel von Weuder, Sicherheits-Polizeibeamter hier, mit Hilda Lampert von hier. Friedrich Neumaier von Schöllbrunn, Kaufmann in Eßlingenweier, mit Frieda Reuter von Bruchhausen. Alois Roe von Oberndorf, Bäcker hier, mit Frieda Käfer von hier. Gustav Holzhauser von Säckingen, Bleicher hier, mit Marika Ruhlmann von Schlettstadt. Emil Pfeil von Eßlingen, Kaufmann alda, mit Johanna Barth von hier. Aug. Tränkle von hier, Kaufmann hier, mit Marie Hofkopf von Mühlheim. Georg Waldbert von Grombach, Eisenbahnsetzer in Kehl, mit Emilie Baumert von hier. Wilh. Eber von hier, Druckereiarbeiter hier, mit Margaretha Kühle von Worms. Johann Rohr von Heidelberg-Handschuhsheim, Schuhmann hier, mit Wilhelmine Döster von Klingeraach. Wilhelm Karcker von hier, Maschinenarbeiter hier, mit Anna Scheffhauer von Heidelberg. Friedrich Mosael von Lustburg, Kaufmann hier, mit Katharina Heinrich von Mühlberg.

Geburten. Liselotte, B. Fröh Hoff, Hotelbesitzer. Hildegard, B. Sch. Bergsträßer, Schuhmann. Maria Stefanie, B. Kra. Baumann, Kaufmann. Ruth, B. Friedrich Zimmer, Bahnarbeiter. Friedrich Alfred, B. Alfred Rodrian, Geiger. Friedrich Hermann, B. Frdr. Benz, Reserve-Führer. Gerda Anneliese, B. Joh. Steiner, Bürogehilfe. Erwin Walter, B. Ernst Wader, Vierführer. Sibegard Elisabeth, B. Sch. Reichlich, Friseur. Annemarie, B. Karl Merlin, Bürogehilfe. Frieda B. Martin Gantner, Tagelöhner. Erich Karl, B. Karl Bergard, Postsekretär.

Todesfälle. Elisabetha Merkle, Diakonin, alt 57 Jahre. Christine Zimmermann, Diakonin, alt 82 Jahre. Lina Derrmann, Kontoristin, ledig, alt 19 Jahre. Maria, alt 1 Jahr, B. Tibor Herzog, Straßenbahnführer.

Weine ausländische, weiß und rot, sind eine Anzahl Wagen, gute und feinste Qualitäten, eingetroffen und offerieren solche billigst. Franz Fischer & Co. Weingroßhandlung Wein- und Trauben-Import. Steinstr. 29 Kreuzstr. 29 Fernsprecher Nr. 163

Bund der Reichseisenbahnbeamten und Pensionäre. Bekanntmachung. Zu der am Freitag, den 27. August 1920 abends 7 Uhr in Karlsruhe (Gartenhof der Restauration 'Rounger' Kaiserstraße) stattfindenden Voll-Versammlung laden wir alle Mitglieder ergeben ein. Tages-Ordnung: 1. Berichtserstattung des 1. Vorsitzenden Herrn Blum über die letzten mit dem Reichsverkehrsministerium geführten Verhandlungen. 2. Referat des Herrn Rechn.-Rat Kirchhoff über die Angelegenheiten der Pensionäre. 3. Allgemeine Aussprache. 5089 Karlsruhe, den 23. August 1920. Willoweit, 1. Vorsitzender. Härtner, Schriftführer. Arbeiter! Agitiert für den 'Volksfreund'!

Geschäftsempfehlung. Allen Freunden und Bekannten, sowie der verehrl. Einwohnerschaft teile ich mit, daß ich meine Glaserei im Hause Marienstr. 63 eröffnet habe. Ich empfehle mich in allen Reparaturen an Fenstern, Türen sowie Fensterläden und zum Einsetzen der Fenster-scheiben zu den billigsten Tagespreisen. Achtungsvoll Ludwig Wilhelm, Glaser. Wohnung: Marienstr. 65, IV.

Daniels Konfektionshaus. Telef. 1846 Karlsruhe Wilhelmstr. 34, 1 Tr. Verkauf sämtlicher Damen- u. Mädchenkonfektion zu weit herabgesetzten Preisen. Bruchsaler Anzeigen. Karten-Ausgabe am Mittwoch, den 25. August 1920, von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags an die Buchstaben H bis einschließlich K. Bruchsal, den 24. August 1920. 2357 Kommunalverband Bruchsal-Stadt. Kartenausgabestelle.

*Wahrhaft ein Goldstück für den Hausgebrauch*

# Oetkers

## Milch-Eiweiß-Pulver

mit Frodozusatz  
Wahrhaft & gebrauchsfähig wie  
2-3 Eiweiß

für Pfannkuchen, Nüsse, Kuchen, Torten.

Man verlangt es in jedem Haushalt & Hochachtungsvoll

### Wahrhaft goldene Worte

für alle Hausfrauen wie für alle Deutschen, denen das Streben, sich wirtschaftlich einzurichten und zu verhalten, ein Bedürfnis ist, bringt das Reichardt-Werk in seiner Hauschrift: „Reichardt-Ruf“ mit seinen haus- und nationalwirtschaftlichen Ausführungen sowie Ratsschlägen

### an den Vater des Produzenten.

Abgabe ohne Kaufzwang umsonst in der Reichardt-Bücherei: Kaiserstraße 193/195. Sonst direkter Verkauf ab Reichardt-Werk, auch in allen an Schildern und Plakaten kenntlichen Geschäften.

Halt! - ruh da einer wert einmal  
vergib mir ja nicht das Erdal!

# Schuhputz Erdal

schwarz / gelb / braun / rotbraun  
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

### Statt besonderer Anzeige.

Bekannt und Bekannte mache ich hiermit die traurige Mitteilung, daß mein lieber Gatte, unser treuberechtigter Vater

## Wilhelm Roser

Sonntag Morgen 1/11 Uhr, nach längerer schwerer Krankheit, im Alter von 36 Jahren, sanft entschlafen ist.

In tiefer Trauer:  
**Frau Barbara Roser**  
und 4 Kinder.

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittags 1/4 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt. 5033

Trauerhaus: Kaiserstraße 23.

### Handelschule der Stadt Karlsruhe.

Abteilung: Handelsjahresschule  
Ganztagunterricht, wöchentlich 33 Stunden. Das Schulgeld für den Jahreskurs beträgt 72 M. Beginn neuer Jahresklassen am 13. Sept. d. J. Der erfolgreiche Besuch der Handelsjahresschule entbindet vom Besuche der dreijährigen Pflichthandelschule. Die in der Handelsjahresschule vorgebildeten Lehrlinge und Lehrlinginnen besuchen, sofern die das 18. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben und in einem Handelsbetriebe tätig sind, die Pflichthandelschule nur noch in 2 Jahreskursen mit 8 Wochenstunden. Ausführlicher Prospekt wird auf Verlangen frei ausgehändigt.

Anmeldungen werden von heute bis 11. September während der üblichen Geschäftsstunden in der Kanzlei, Zittel 22, entgegengenommen. 2332 Die Direktion.

### Baden-Baden.

1. Brot- und Mehlamt.  
Getreideablieferung. Diejenigen Getreideerzeuger (soweit sie nicht Brotpflichtverpflichtet sind), welche ihr Getreide ganz oder teilweise ausgedroschen und zur zweiten Ablieferung bereit haben, sollen dasselbe nach Sorten getrennt in Säcken verpackt und mit Sachanhänger versehen, am Freitag, 27. August, vormittags 8-10 Uhr, an der Gk-Halle gegen Empfangsbescheinigung abliefern. Für nach diesem Zeitpunkt zur Ablieferung gelangendes Getreide wird die Preisprämie von 20 Mk. für den Hektoliter unterbleiben. Höchstpreise sind folgende:

1 Doppelzentner Roggen = 150 RM.
1 „ „ Weizen = 164 „
1 „ „ Gerste = 145 „ 2360

2. Kleinverkaufspreise für Obst und Gemüse für die Zeit vom 23. August bis 29. August 1920. Preisänderungen bleiben der Marktkommunikation vorbehalten.

### Gemeinde- u. Staatsbediensteterverband Karlsruhe.

### Todes-Anzeige.

Unserem Mitgliede zum Kennnis, daß unser langjähriges Verbandsmitglied

## Wilhelm Roser

im Alter von 33 Jahren an einem im Felde ausgebrochenen Leiden gestorben ist. Die Beerdigung findet heute Dienstag nachmittags 1/4 Uhr vom Friedhof aus statt. Die Kollegen werden gebeten, sich zahlreich zu beteiligen. 5034

Der Vorstand.

### Zur Reinigung

übernehmen wir in und außer Abonnement

Schul-, Büro- und Wohnungswäcker, ganze Häuser, Wohnungen, Foyers, Kirchen, Bäderhöfe, Fassaden usw. Parkett, Kieselstein usw.

Garantie für tadellose, pünktliche Bedienung. Denker billigste Preise.

Eigene 20 Mr. hohe Parkettreiter (letzte auch auszuweichen).

Verlangen Sie bitte unverbindlichen Besuch und Vorschlag durch 4930

### Südd. Reinigungs-Institut

Kaiserstraße 34a Telefon 2077.

### Trauerhüte

in jeder Preislage stets vorrätig

**S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.**

### Altes Gold Silber, Platin

aller Art, auch Gegenstände, laßt zum höchst. Preis

**L. Wibe, Ufermaße 16.**

### Gemüse

Sorte	Marktpreis	Ladenpreis
Kartoffeln	35,-	40,-
Blumenkohl, I. Sorte	130,-	150,-
Sachsen-Blumenkohl	70,-	80,-
Kohlrabi	40,-	45,-
Wasserkraut	20,-	25,-
Wirsing	20,-	25,-
Spargelbohnen	50,-	60,-
Stangenbohnen, grün	65,-	75,-
Gelbe Rüben, rot, Kraut	20,-	25,-
„ „ gelb	10,-	15,-
Karotten, ohne Kraut	30,-	35,-
rote Rüben, ohne Kraut	15,-	20,-
Kohlrabi	20,-	25,-
Kopfsalat	10-25,-	10-35,-
Endivienalat	5-20,-	5-40,-
Salat	35,-	40,-
Wasserkraut	5-15,-	5-15,-
Wirsing	10,-	10,-
Reisfenchel	10-30,-	10-30,-
Salatgurken	30-70,-	30-70,-
Gemischungsgurken	5-10,-	5-10,-
Salatgurken	3-5,-	3-5,-
Kürbis	15,-	15,-
Tomaten	70,-	90,-
Möhren	20,-	25,-
Knoblauch, ohne Schoten	40,-	45,-
Knoblauch, getrocknet	80,-	110,-

### Volksbühne.

Dienstag, den 24. August C1 Anfang 7 Uhr.

### „Der Barbier von Sevilla“

Komische Oper in drei Akten von Rossini. Jeder Besucher muß die grüne Volksbühnen-Ausweis Karte vorzeigen. 2362

Für den allgemeinen Verkauf Parkett I 11 Mk.

### Mandolinen Gitarren

und 5000 Lauten

kauf fortwährend

### Wolfsbach's An- u. Verkaufsgeschäft

32 Kronenstr. 32.

### Obst

Sorte	Marktpreis	Ladenpreis
Brombeeren	120,-	140,-
Schwarze Johannisbeeren	90,-	100,-
Kirschen	140,-	160,-
Erdbeeren	70,-	80,-
Weinbergpfirsiche	70,-	80,-
Reineckelapfels	50,-	60,-
Birnen, groß, gebrochen	30,-	40,-
„ „ klein	20,-	30,-
Spätkirschen	90,-	110,-
Äpfel, groß, gebrochen	60,-	70,-
„ „ klein	25,-	35,-
Käse	15,-	15,-
Trüben	300,-	300,-

Wer unrefresches Obst verkauft, hat Beschlagnahme zu gewärtigen.

Baden-Baden, den 23. August 1920.  
Kommunalverband Baden-Stadt.  
Prüfungsstelle für Obstwaren. 2363

# SINNER

Pudding-Pulver  
Schokolade-Creme-Pulver  
Vanille-Creme-Pulver  
Vanille-Saucen-Pulver  
Rote Grütze-Pulver  
Speisen-Würze  
Sinin  
Spezialfärb: Backpulver

wieder in bester

## Friedens-Qualität

überall erhältlich.

SINNER A.-G., Karlsruhe-Grünwinkel  
General-Vertreter  
Scheurer & Lehne, Karlsruhe  
Kallwodastraße 1 4659  
Telefon: Nr. 2970 und 2312.

### Bernickeln

von Feder- u. Kinderwagenreifen, Gabeln und Eisenarbeiten u. s. w. führt schnell, billig und jugendgemäß aus.

**Bernickelungsanstalt, Karlsruhe, 32 Ruppertsstraße 32**

### Bezirks-Konsumverein Baden-Baden.

In unseren sämtlichen Verkaufsstellen:  
**Frühkartoffeln das 34 Pfg.**

### „Nissin“

gegen Kopfläuse

Nichts anderes nehmen! Zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

### Karlsruher Parkett- u. Fenster-Reinigungs-Institut

Reinigen von Parkettböden  
Fenster u. Glasflächen

**Adolf Kiesel, Rodolfsr. 25 111**

### Surincher Anzeigen.

Nichtpreise für Obst und Gemüse für die Zeit vom 24. Aug. bis 30. Aug. 1920.

Wasserkraut	20,-	25,-
Spargel	50,-	60,-
Kopfsalat	10,-	15,-
Wasserkraut	20,-	25,-
Kohlrabi	40,-	45,-
Wirsing	20,-	25,-
Spargelbohnen	50,-	60,-
Stangenbohnen	65,-	75,-
Gelbe Rüben, rot	20,-	25,-
„ „ gelb	10,-	15,-
Karotten	30,-	35,-
rote Rüben, ohne Kraut	15,-	20,-
Kohlrabi	20,-	25,-
Kopfsalat	10-25,-	10-35,-
Endivienalat	5-20,-	5-40,-
Salat	35,-	40,-
Wasserkraut	5-15,-	5-15,-
Wirsing	10,-	10,-
Reisfenchel	10-30,-	10-30,-
Salatgurken	30-70,-	30-70,-
Gemischungsgurken	5-10,-	5-10,-
Salatgurken	3-5,-	3-5,-
Kürbis	15,-	15,-
Tomaten	70,-	90,-
Möhren	20,-	25,-
Knoblauch, ohne Schoten	40,-	45,-
Knoblauch, getrocknet	80,-	110,-

No. ...  
Berli ...  
Kattwi ...  
Der Ber ...  
die Berg ...  
landfrem ...  
mission, ...  
die anre ...  
zer sei ...  
Nach ...  
schlechte ...  
Kattwi ...  
dem Vor ...  
mission ...  
worden, ...  
men solle ...  
Die ...  
Berlin ...  
richtig ...  
jeden ...  
in ...  
salieren ...  
Auch ...  
Grafen ...  
Goldbau ...  
Mütter ...  
Die ...  
Katt ...  
Führer ...  
geben ...  
Freigabe ...  
lag nicht ...  
dingen ...  
im Lande ...  
stationen ...  
lieferen ...  
Frisch ...  
Brest ...  
schleien ...  
Monopol ...  
kommener ...  
sicherung ...  
internati ...  
verabfolg ...  
alle Veru ...  
pol“ die ...  
Berli ...  
faillit ...  
schleien ...  
Wohne ...  
der Siche ...  
Ordnung ...  
und ohne ...  
bis zum ...  
mit Dpf ...  
Intern ...  
Geschäfte ...  
beweisen ...  
Schuh ...  
Die ...  
Bon ...  
über die ...  
den d ...  
len u ...  
nächste ...  
ankre ...  
n, da ...  
le Sti ...  
uhen ...  
schleier ...  
Nach ...  
ständig ...  
der ...  
mehr ...  
Ein ...  
Beu ...  
der An ...  
ruf an ...  
wollen ...  
zuge ...  
Bewaff ...  
die Ger ...  
ein ...  
die ...